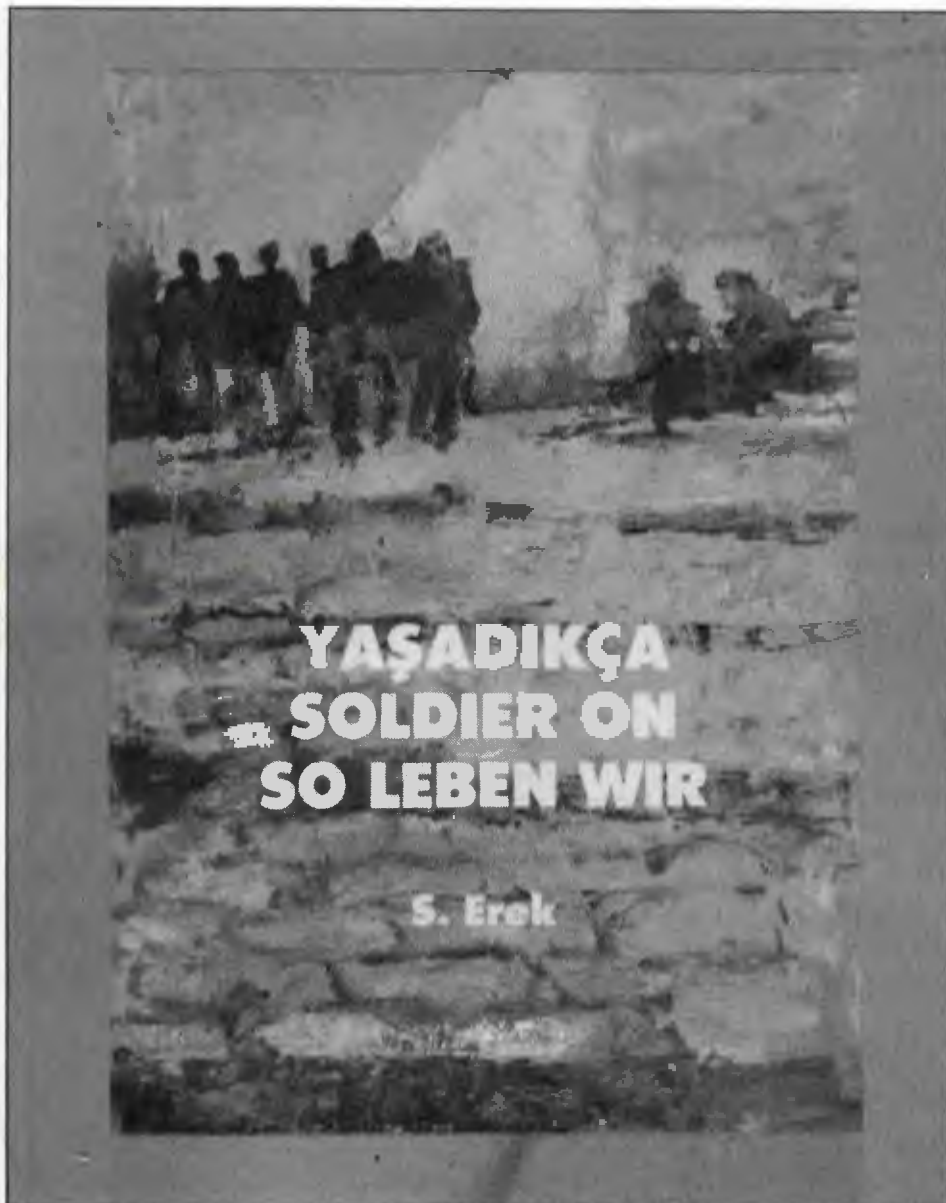


TÜRKEI-SPIEGEL



Mai/Juni 1984

Nr.3



“Genosse S. Erek ist ein junges Mitglied dieser Generation von Kämpfern und hat, trotz seiner Jugend, schon vieles im Kampf für die Revolution ertragen müssen. Sein eigentliches künstlerisches Interesse gilt der Bildhauerei, er ist aber durch seine Graphiken für *İçinin Sesi* (*Arbeiterstimme*) in der revolutionären Bewegung bekannt geworden. (...)

Viele überkluge Intellektuelle werden Genossen Ereks Arbeiten “parteilich” und “zu politisch” finden. Ja, sie sind politisch. Darauf sind wir besonders stolz. Sie wollen die Abschaffung der Ausbeuter und die Befreiung der Ausbeuteten. Es gibt keine Kunst ausserhalb der Politik, d.h. ausserhalb des Klassenkampfes. Die Kunst unseres Genossen ist parteilich, sie ergreift die Partei des Nützlichen. Kunst besteht für uns in der Meisterschaft, *das Nützliche schön zu machen.*”

(Auszug aus dem Vorwort)

(Das Buch können Sie zum Preis von 20 DM von der IVDRT beziehen.)

TÜRKEI-SPIEGEL

Nr.3

Mai/Juni 1984

Inhalt

<i>SODEP</i> ist nicht demokratisch-wählt <i>SODEP</i>	
R.Yürükoğlu	S.2
In den Ergebnissen der Wahlen sind Anhaltspunkte für heisse Tage enthalten	S.5
Die Zeit schreitet voran auf der Seite des kämpferischen Marxismus	S.6
Ein Interview mit Aydın Meriç, dem ehemaligen Stellvertreter des Generalsekretärs von DISK	S.9
Für eine demokratische Klassengewerkschaft Türk-İş — ein Interview mit Musa Karakoç	S.11
Cruise missiles — zugeschnitten für die türkischen Meerengen	
Ayla Antepli	S.12
Sichert Istanbul für die sechste Flotte!	S.15
Genschers Besuch und die Hintergründe	
Renate Braun	S.16
Die 35-Stunde-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss durchgesetzt werden!	
Gespräch mit Hans Müller	S.17
Deutsch — ausländischer Frauenkongress	
Olga Coşkun	S.21
Polizei schoss auf Arbeiter aus der Türkei	S.23
Presseerklärungen	S.24
Das Recht auf Asyl in der BRD	
Refik Tümer	S.26

SODEP ist nicht demokratisch — wählt SODEP

R. Yürükoğlu

İşçinin Sesi ist offenherzig. Wenn es seine Berechtigung hat, sagt sie "nehmt die Waffen in die Hand", oder "im Sozialismus kann es mehrere Parteien geben". Nun haben wir erneut eine Prüfung vor uns. Die Kommunalwahlen können in der nächsten Zeit ein wichtiger Wendepunkt für die Türkei sein.

1. In welcher Phase Kommunalwahlen?

Bei der Bestimmung der Haltung, was die Kommunalwahlen angeht, muss erst die Frage beantwortet werden, in welcher Lage sich die Türkei befindet. Erstens, wenn wir es von der wichtigsten Seite und ganz kurz betrachten, gibt es heute in der Türkei weder eine revolutionäre Situation noch eine revolutionäre Anschwellung. Doch es gibt in der Tat ein sehr tiefes Unbehagen, in massiver Weise hat sich Explosionsstoff angestaut.

Auf der anderen Seite hat der Faschismus begonnen, sich zurückzuziehen, er befindet sich im Auflösungsprozess. (Bemerkenswert ist, dass es nicht so aussieht, als ob die revolutionäre Bewegung diese Tatsache, die sich vor den Augen aller entwickelt, eingesteht. Sogar die Menschewisten haben in einigen Artikeln gegen diese Auffassung Stellung genommen). Dauert die Auflösung lange, führt sie zur erneuten Verfestigung des Faschismus. In welchem Tempo löst sich der Faschismus auf, wenn die Auflösung andauert? All dies ist nur vom Klassenkampf abhängig. Jedoch die ziemlich angestaute Reaktion und unter ihrer Wirkung die anwachsenden und schärfer werdenden inneren Widersprüche haben den Faschismus an den Rand des Verschwindens gebracht.

Die Junta und ihre Parteien können das, was sie wollen, nicht so verwirklichen, wie sie es gerne hätten. Sie eröffnen eine Reihe von Massnahmen und Versuchen, aber diese funktionieren nicht, wie sie es gerne hätten, bekommen da und dort ein Loch, ändern ihre Form. Die Junta gedachte, die Unterstützung der Massen, die sie seit ihrer Machtübernahme nicht gewinnen konnte, durch die Wahlfarce zu gewinnen. Sie wollte die von den

Parteien der Junta gesammelten Stimmen (Bevölkerungsanteile) als Grundlage für die Verfestigung des Faschismus benutzen. Das passierte nicht. Es wurden, wie befangen sie auch sein mögen, trotzdem entgegenstehende Parteien gegründet, und diese nahmen an den Wahlen teil.

In den Fabriken beginnen die revolutionären Arbeiter sich zusammenzuraffen. Auch die Betriebsratswahlen haben gezeigt, dass das Spiel, diese Betriebsräte zum Wachtmeister des Faschismus im ganzen Land zu machen, gescheitert ist.

Wir alle verfolgen die Entwicklung in den Gewerkschaften, die immer massiver werdenden Diskussionen, die steigende Temperatur. Die ersten Anzeichen des Auflebens in den Vereinen sind da, in den Schulen bewegt sich etwas. Eine Vielzahl fortschrittlicher Zeitschriften und Bücher werden herausgegeben, die ersten linken Bücher sind in den Schaufenstern zu sehen. Mit blossem Auge sichtbar steigt der Stand der Politisierung in der Gesellschaft. Man lebt in einer Phase, in der die Möglichkeiten und Gefahren noch mehr gewachsen sind, als wir es vorher gesagt haben. In solch einer Lage finden die Kommunalwahlen statt. Die Kommunalwahl ist nicht so bedeutend wie die allgemeine Wahl. Jedoch unter *diesen* Gegebenheiten, in der sich die Türkei befindet, in *dieser* konkreten Stellung der verschiedenen Kräfte der Klassen, sind *diese* Kommunalwahlen mindestens so wichtig wie die allgemeinen Wahlen. Unsere Bevölkerung spürt die grosse Bedeutung der Kommunalwahlen am 25. März tiefgründig, nicht jedoch die revolutionäre Bewegung. Die breite Mehrheit der revolutionären Bewegung bemerkt — verfallen in ihren künstlichen Problemen und Diskussionen nicht einmal, dass die Kommunalwahlen vor der Tür stehen.

Die Bevölkerung hat jedoch gespürt, dass die Kommunalwahl ein wichtiges Mittel sein kann, den Faschismus zurückweichen zu lassen und seine Auflösung zu beschleunigen.

2. Die Kommunalwahlen und die Haltung der revolutionären Bewegung
Von Zeit zu Zeit kritisieren wir die sozialistischen Länder mit Energielosigkeit und Verschlossenheit. Mit Recht, aber zuvor sollten wir auf uns

selbst schauen. Denn im Vergleich zu den sozialistischen Ländern ist die revolutionäre Bewegung der Türkei sogar noch lahmer und rückständiger als die Beispiele, die sie kritisiert. Wahlen kommen und gehen in unserem Land, jede für sich unter ganz anderen Umständen. Trotzdem ist in der Hosentasche von jedem immer noch dasselbe vom Schweiss nassgewordene Stück Papier, das er immer wieder herausholt und liest. Auch in den Kommunalwahlen hat sich die Situation nicht geändert.

Die Haltung der revolutionären Bewegung zu den Kommunalwahlen können wir in zwei grosse Lager trennen.

Die höchste Stimme, die man im ersten Lager hört, ist die der Menschewisten. Die Taktik des Zettels in der menschewistischen Tasche, die wir nunmehr auswendig kennen, ist zweigeteilt.

Auf der einen Seite sagen sie "Wähl MDP, ANAP, HP nicht". Welche Partei sollen wir dann wählen? Das sagen sie nicht. Da zeigen sie "Gedankenschärfe" und "werden nicht erwischt". Auf der anderen Seite sagen sie "Gebt eure Stimme den fortschrittlichen, demokratischen und den auf der Seite des Friedens und des Volkes befindlichen Kandidaten".

Natürlich, dieser Zustand widerspricht sich zu allererst mit ihrer Ablehnung des Auflösungsprozesses des Faschismus. Wie können Menschen sich in einem Land, in dem sich der Faschismus nicht zurückzieht, als Kandidaten in den Kommunalwahlen aufstellen. Gott lässt sie sagen! Dann, wenn sie von "fortschrittlichen, auf der Seite der... befindlichen Kandidaten" sprechen, so können wir dies nicht als unabhängige Kandidaten verstehen. Die Zahl der unabhängigen Kandidaten wird landesweit nur sehr gering sein und ist nicht bestimmend für den Ausgang der Wahlen.

Dann kommt sehr deutlich zum Ausdruck, dass die Menschewisten das, was sie 1973 gegenüber Ecevit gemacht haben, diesmal gegenüber SODEP leisten. (Oder noch schlimmer, sie machen es zu SODEP, Doğru Yol und Refah Partisi). Sie versuchen auf indirektem Weg, ohne es zu benennen, auf feiger Art für SODEP Hoffnung und Sympathie zu verbreiten. SODEP wird zu einer

fortschrittlichen, demokratischen, auf der Seite des Friedens stehenden, anti-imperialistischen Partei gemacht. Das ist die Haltung der Opportunisten.

Auch im anderen Lager der revolutionären Bewegung gibt es eine Haltung, die der Haltung der Menschewisten entgegengesetzt entspricht. Sie sagen "unser Volk hat nie die Demokratie erlebt, dies ist auch eine Wahlfarce, wir haben mit denen nichts zu tun".

Wenn der Marxismus uns einiges beigebracht hat, so liegt die Unsinnigkeit, heute Haltungen vorzuschlagen, die zum Boykott tendieren, auf der Hand.

Der Boykottvorschlag ist heute der kürzeste Weg, sich vom Volk zu isolieren, die Wegsuche den Meinungen des Volkes zu überlassen. So eine politische Haltung ist unmöglich! Beide überlassen die Arena falschen Einflüssen und noch schlimmer dadurch, dass sie ein falsches Bewusstsein vermitteln.

3. Was schlagen die Kommunisten vor und wie stellen sie es dar?

Was schlagen die Kommunisten in den Kommunalwahlen vor? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir feststellen, warum wir irgend etwas vorschlagen und was unsere Zielsetzung ist? Können wir uns vorstellen, dass diese Kommunalwahlen die Demokratie bringen? Sicherlich nicht! Können wir annehmen, dass in diesen Wahlen wirklich eine demokratische Kraft vertreten ist? Also können wir in diesen Kommunalwahlen keine Haltung einnehmen, um eine Partei an die Macht zu bringen und zu unterstützen, damit sie "gute Arbeit" leistet. Auf der anderen Seite hat der Faschismus begonnen, sich aufzulösen. Also müssen die Kommunalwahlen dazu genutzt werden, die Auflösung zu beschleunigen. Wenn wir dies nicht tun, dann werden wir eine politische Aufgabe nicht erfüllt haben können. Wir werden vor brisanten Themen weglaufen und

"oh- ich werde kritisiert" sagend, nicht an der Front des politischen Kampfes gestanden haben. *Das Ziel unserer Partei bei der Bestimmung ihrer Haltung zu den Kommunalwahlen, ist, die Wahlen als ein objektives Element bei der Beschleunigung der Auflösung des Faschismus zu benutzen.* Dann, bedenken wir, welches Ergebnis bei den Kommunalwahlen *mit grösserer Wahrscheinlichkeit* die Auflösung des Faschismus beschleunigen können wird.

Sechs Parteien beteiligen sich an den Kommunalwahlen. Eine von diesen hat keine Bedeutung. Eine Stimmabgabe an die drei Juntaparteien wird den Auflösungsprozess des Faschismus nicht beschleunigen, sondern verlangsamen.

Die Wahl von SODEP oder Doğru Yol wird *mit grosser Wahrscheinlichkeit* den Auflösungsprozess des Faschismus beschleunigen. Nicht wir bestimmen die Spielregeln. Die Situation ist so. Wir können nicht sagen, dass die Wahlen nichts bewirken können. Dies wäre ein vulgäres Verständnis. Aus diesem Grund wollen die Kommunisten, dass SODEP gewählt wird. Wenn die Stimmen in ausreichender Höhe an SODEP fließen, könnte die Regierung fallen, Neuwahlen könnten an die Tagesordnung treten. Noch wichtiger, die Gesellschaftspsychologie ändert sich, der Mut und die Regsamkeit der Menschen wächst und beginnt sich auf die Strasse zu überschlagen. Die Türkei ist ein solches Land, und unser Volk, das eine Ecevit-Erfahrung besitzt, kann in der neu aufkommenden Situation auch SODEP nicht zähmen. Die revolutionäre Situation kann entstehen oder sich in einem Prozess entwickeln. Die Bevölkerung steht dann einmal mehr vor dem Dilemma Faschismus oder Revolution. Wie legen die Kommunisten ihre Vorschläge zu den Kommunalwahlen am 25. März dar? Dies ist der eigentlich kritische Punkt in der Frage der Haltung zu den Kommunalwahlen. Ob wir es wollen oder nicht, ob die

Kommunisten dazu was sagen oder nicht, in der Türkei kommt eine breite Sympathie zu SODEP auf und wird intensiver. Dies ist schädlich und muss verhindert werden.

Also müssen wir so eine Haltung einnehmen, um erst einmal *das Ohr des Volkes zu gewinnen.* Um auf der einen Seite das Ohr des Volkes zu gewinnen und auf der anderen Seite dem Volk zu erklären, wen es weshalb wählt. Nur eine Haltung, die diese beiden Richtungen miteinander verbinden kann, rettet sich vor der Würdelosigkeit, in der die Kommunisten sich früher befanden, als sie die Wahlurnen der CHP geschützt haben. In allen Mitteilungen über die Wahl, die von Organisationen unserer Partei in der Türkei und ihnen in einem bestimmten Zeitabstand folgenden Organisationen in Europa veröffentlicht werden, befindet sich ein gemeinsamer Satz: *"Die Unterstützung, die wir SODEP geben, ist wie die des geschmierten Strickes dem aufgehängten Mann".*

Denn SODEP ist nicht demokratisch. Um demokratisch zu sein, muss man kein Feind der Kommunismus, der Sowjetunion sein. Man muss das Trennungsrecht des kurdischen Volkes anerkennen, usw. SODEP ist scheu und liberal...

SODEP ist in Wirklichkeit nicht antifaschistisch. Es liegt auf der Hand, was jene Kader in den Jahren des Faschismus geleistet haben.

SODEP ist nicht anti-imperialistisch. Sie ist nicht gegen Amerika, gegen die Stützpunkte der USA in unserem Land, gegen die NATO.

SODEP ist nicht auf der Seite des Friedens. Selbst in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auf der Seite des Friedens zu sein, erfordert, gegen die Nuklearwaffen Stellung zu beziehen. Sogar der bürgerliche Friedensanhänger kämpft dagegen.

Sie ist weder demokratisch, noch anti-imperialistisch, noch fortschrittlich, noch steht sie auf der Seite des Volkes. Sie ist eine scheue-liberale-

Fortf. S.4

Erläuterung:

ANAP: Mutterlandspartei
MDP: Nationalistische Demokratierpartei
HP: Völkische Partei

Von der Junta genehmigte Parteien, die als einzige an den allgemeinen Wahlen am 6. Nov. 83 teilnehmen durften

SODEP: Sozialdemokratie-Partei
DYP: Partei des Richtigen Weges
RP: Wohlstandspartei

Parteien der bürgerlichen Opposition (durften an den allgemeinen Wahlen nicht teilnehmen) (Red.)

Forts. v. S.3
bürgerliche Partei.

Die Stimmen, die sie bekommt, werden über ihre Absichten hinweg die Auflösung des Faschismus beschleunigen. Es ist wichtig, dies zu verstehen.

So muss die kommunistische Propaganda sein. Eine andere Haltung, um den Fluss der Sympathie an SODEP zu verhindern, gibt es nicht. In den Köpfen aller Organisationen der Partei in der Türkei und in Europa ist dies klagend: Wer "wählt SODEP" sagt, ist nicht von *İşçinin Sesi*. Das ist die eindeutige Haltung. "SODEP ist nicht demokratisch, nicht anti-faschistisch, nicht auf der Seite des Vokes... wählt SODEP". Das ist unsere Haltung. Das ist das, was wir dem Volk sagen.

Da unsere Möglichkeiten, diese Haltung in der ganzen Türkei zu verbreiten, begrenzt sind, ist auch unsere Taktik in diesem Sinne begrenzt. Aber eine Haltung, deren Richtigkeit später von jedem anerkannt wird, einzunehmen, bringt wichtige Ergebnisse mit sich, wie z.B. mindestens die Steigerung des Selbstvertrauens einer politischen Bewegung und die Verwertung der entstandenen Situation am Ende der Ereignisse mit klarem Kopf.

4. Zwei Fragen

Was die Haltung unserer Partei in den Kommunalwahlen angeht, ergeben sich zwei Fragen. Erstens, schafft unsere Haltung falsche Hoffnungen gegenüber SODEP, und zweitens, ändern wir mit so einer Haltung unser Ziel, den Faschismus mit der Revolution zu vernichten?

Die Antwort zu der ersten Frage ist, im Gegenteil, es gibt aus *politischer Sicht* keine andere Haltung, die die SODEP zu dem ihr zukommenden Platz einteilt. Die Sympathie zu SODEP, diese Gefahr, entwickelt sich ausserhalb unseres Daseins. Unsere Agitation wird entgegen dieser Hoffnung stehen, je intensiver dies geschieht, umso mehr wird sie diese Hoffnung verhindern.

Die Haltung der Kommunisten ist die einzige revolutionäre Haltung, die die Interessen des gesellschaftlichen Fortschritts mit der Wirklichkeit der politischen Lage und der gesellschaftlichen Psychologie in Einklang bringen kann.

Nehmen wir mit unserer Haltung zu den Kommunalwahlen *eine Veränderung in unserem Ziel vor, den Faschismus mit der Revolution zu vernichten?* Mit anderen Worten, bedeutet diese Haltung die *Aufhebung des Faschismus durch einen nichtrevolutionären Weg?* Diese Frage muss in zwei Ebenen behandelt werden.

Wenn wir es aus dem Stand der gesellschaftlichen Objektivität heraus betrachten, so ist eindeutig,

dass keiner in gesellschaftlichen Fragen mit einer mathematischen Entschiedenheit sprechen kann. Hier muss man möglichst viele Angaben berechnen und auf die mögliche Entwicklung hinweisen. Und wir sagen aus diesem Grund, dass SODEP aufgrund der Stimmen, die sie erhält, mit "*grosser Wahrscheinlichkeit*" das Rückschreiten, die Ausmerzung des Faschismus beschleunigen wird. Wenn wir alles Gegebene in der Gesellschaft berücksichtigen, so ist das möglichste Ergebnis eines hohen Stimmenergebnisses SODEP's die Entstehung der revolutionären Situation oder die schnelle Öffnung des Weges für die Entstehung. Es besteht auch die Möglichkeit, dass der Faschismus auf einem nichtrevolutionären Wege aufgehoben wird und die Entwicklung zunehmend zu einer noch mehr gestützten bürgerlichen Demokratie führt. Doch in den Voraussetzungen der Türkei ist diese Wahrscheinlichkeit sehr schwach, jedoch das eigentliche Element, diese Möglichkeiten aufzuheben, ist die Kraft der Bewegung der Revolution. Auf der anderen Seite kann auch der Faschismus erneut mit seiner ganzen Schwere auf die Gesellschaft einstürzen, dies ist jedoch die schwächste Wahrscheinlichkeit.

Die Angaben in der Gesellschaft verlagern das Gewicht in die Richtung, in die wir zeigen. Bei einem Stimmenzuwachs für SODEP wird der Faschismus nicht aufgehoben. Jedoch wird auf der einen Seite der Faschismus zurückschreiten, und auf der anderen Seite werden die Liberalen und die Kräfte der Demokratie fortschreiten. Dies wird einen massiven Klassenkonflikt mit sich bringen. Der Klassenkampf wird ins Offene, auf die Strasse ausgetragen und heftiger werden.

Wenn wir die Frage aus der Sicht des eigenen Wollens der Partei betrachten, so ist die Antwort viel leichter und eindeutiger. Das Zurückschreiten des Faschismus, seine Ausmerzung, seine Auflösung zu beschleunigen bedeutet nicht, die Wahrscheinlichkeit, den Faschismus durch die Revolution zu vernichten, anzuerkennen. Im Gegenteil, das Ziel unserer Haltung ist, die Auflösung des Faschismus zu beschleunigen und dies mit der Revolution zu verbinden. Es ist wahr, unsere Partei und allgemein die revolutionäre Bewegung ist von der Revolution weiter entfernt als die objektive Lage in der Türkei. Die Lage ist bereit für Explosionen. Also sehen wir die Wirklichkeit, dass die Revolutionsbewegung gezwungen ist, sich hauptsächlich innerhalb des Kampfes vorzubereiten und dass sie sich so vorbereiten wird. Sehen wir auch dies, dass in den letzten Jahren, vor allem in den Jahren des Faschismus, die Bourgeoisie aus politischer Sicht

ermüdet. Die Krise vertieft sich. Das sind unsere Chancen. Unsere Taktik in den Kommunalwahlen ist, die Revolution näherzubringen. In der Türkei ist die Alternative Faschismus oder Revolution feststrukturiert. Dritte Wege ausser der Revolution sind vorübergehend, zeitverschwendend und werden viele Schmerzen mit sich bringen.

5. Die drei Aufgaben der Kommunisten in den Kommunalwahlen der Türkei

Es wird in Form einer Wiederholung sein, aber eine erneute Aufzählung scheint nützlich zu sein.

Die *erste* Aufgabe der Kommunisten heute ist, von der Plattform der Wahlen Nutzen zu ziehen. Alle Organisationen der Partei, alle Kommunisten nehmen in den Wahlaktivitäten ihren Platz ein, verteilen ihre Informationsblätter, erklären ihre Ansichten zu SODEP.

Überall im Land gibt es eine Beweglichkeit. Nimmt der Kommunist nicht daran teil, ist er nur ein eingekerbter Revolutionär.

Die *zweite* Aufgabe der Kommunisten ist, dahingehend zu arbeiten, SODEP blosszustellen, offenzulegen, was sich dahinter verbirgt. Es ist weder richtig, wie die Menschewisten die SODEP als "schön" zu präsentieren, noch die Vorschläge, die zum Boykott führen.

Eine solche Propaganda wird in der Türkei zum ersten Mal geführt. Wenn man sagt "wähl", so wird immer gesagt "es ist gut, deshalb wähle". Und dies ist der Unterschied des Kommunisten. Im Grunde sagen wir nicht, wähle SODEP. Wir sagen, gib deine Stimme der vorhandenen Lage, gib deine Stimme dem, was den Faschismus zurückschreiten lässt.

Die Menschewisten sprechen davon, von den Widersprüchen der Bourgeoisie Nutzen zu ziehen. Aus diesem Grund machen sie alles Niederträchtige, indem sie es feige bedecken. Indessen, der beste Weg, von den Widersprüchen der Bourgeoisie Nutzen zu ziehen, und noch dazu in einer Lage, in der fortschrittlichere Ziele vorzuschlagen unmöglich sind, ist diese Haltung der Kommunisten.

Die *dritte* Aufgabe der Kommunisten ist heute, gegen die in der Gesellschaft erneut aufkommende sozial-demokratische Alternative einen wirksamen ideologischen Kampf zu organisieren.

Die erfolgreiche Anwendung unserer Taktik in den Kommunalwahlen durch unsere Parteiorganisationen, die Erfüllung ihrer Aufgaben, wird die Fähigkeit der Partei als ganzes, im richtigen Ort und zur richtigen Zeit verschiedene Taktiken erfolgreich anzuwenden, entwickeln. Dann werden wir mit Genugtuung sagen: "heute führen wir einen besseren politischen Kampf."

In den Ergebnissen der wahlen sind Anhaltspunkte für heisse Tage enthalten

Die Bourgeoisie ist lediglich mit einem Ergebnis der Kommunalwahlen zufrieden: Egal wie, aber die Sache ist vorüber! Ausser diesem Punkt hat sie nichts, worauf sie sich freuen kann. Der Auflösungsprozess des Faschismus hat sich beschleunigt und die Bourgeoisie steht nun vor einer ziemlich "peinlichen" Situation.

Die Stimmen der direkt mit der Junta identifizierten MDP sanken (nach ersten Ergebnissen der allgemeinen Wahlen der Provinzparlamente) von 23% (Ergebnis der allgemeinen Parlamentswahlen am 6. November 1983) auf 7,1%. Die verlorengegangenen Stimmen von 16% würden, wenn schon, dann zu ANAP fliesen. Was jedoch ANAP anbetrifft, sie hat an Stimmen verloren.

ANAP trug ihre "Unabhängigkeit" gegenüber der Junta zur Schau und bekam 46% der Stimmen. Wenn nun die verlorengegangenen 16% der MDP dazugezählt werden, so müsste ANAP über 60% der Stimmen bekommen. Sie bekam jedoch 41,4%, hat also ca. 20% an Stimmen verloren. Trotz ihres "fortgeführten unabhängigen" Erscheinens, der schnellen Durchführung der Kommunalwahlen, bevor die Hintergründe ihrer "reformfreudigen" Massnahmen in der Praxis vollständig blossgestellt wurden und der verbreiteten Tendenz, in den Kommunalwahlen die Regierungspartei zu wählen. Auch die "reformfreudige" ANAP ist rückständig geworden. Nicht nur ANAP, das ganze "erhabene" Parlament, von dem am 6. November Reden wie "wir vertreten die Souveränität des Volkes" zusammen geschmiedet wurden, ist rückständig geworden. Die letzten Wahlen waren kommunal, aber mit der Beteiligung der Parteien, die nicht zu den Wahlen am 6. November zugelassen wurden, ergab sich eine Konkurrenz, die nicht im kommunalen Rahmen blieb. Am Ende bekamen alle im "erhabenen" Parlament vertretenen Parteien nur 57,3% der Stimmen. Nun vertritt das Parlament nicht die "Souveränität des Volkes", sondern nur noch "die Souveränität des ein bisschen mehr als die Hälfte des Volkes". Eine

Opposition, die 40% der Stimmen für sich verbuchen konnte, wartet ausserhalb des Parlaments. Wenn wir vom "Volk" sprechen, so meinen wir die Bourgeoisie. In so einer Lage werden die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie zweifellos heftiger werden. So sind die Anhaltspunkte dafür schon jetzt sichtbar, z.B. in der HP gärt es.

Die Ergebnisse der Wahlen signalisieren nicht nur das Heftigerwerden der Widersprüche der Bourgeoisie, sondern auch innerhalb der Gesellschaft. Es ist unmöglich, dass die unter Faschismus stattgefundenen Wahlen (auch wenn er sich im Auflösungsprozess befindet) den Linksrutsch innerhalb der Gesellschaft direkt und vollständig widerspiegelt, während zigtausende Revolutionäre in Haft sind, in 54 Provinzen das Kriegerrecht herrscht, die wilden repressiven Gesetze in Kraft sind und jegliche Unterdrückung andauert. Aber diese Wahlen haben den Linksrutsch dennoch im Übermass wiedergespiegelt. Also ist der Linksrutsch ziemlich stark...

Einmal, HP und SODEP haben zusammen 32% der Stimmen bekommen. Die HP ist eine Marionettenpartei der Junta, bekommt die Stimmen aber nicht von Befürwortern der Junta. Wenn dies so wäre, bräuchte sie sich nicht als "völkisch" zu bezeichnen. Die Stimmen, die zu HP und SODEP flossen, sind, unabhängig von den wirklichen Eigenschaften dieser Parteien, *linker Absicht*. Diese Stimmen widerspiegeln *objektiv* linke Sehnsüchte.

Zweitens, SODEP, die erst gestern auftauchte, erreichte 23,4% der Stimmen. Die Stimmen der HP, die in den letzten Wahlen 30% betrogen, sanken auf 8,8%. Dies zeigt auch, dass die HP als Marionette der Junta mit linkem Charakter ans Tageslicht getreten ist.

Aus dieser Sicht ist der Unterschied zwischen den 30% der HP in den letzten Wahlen und den 32% der SODEP und HP in diesen Wahlen nicht nur ein zahlenmässiger Unterschied von 2%. Er verdeutlicht den Linksrutsch innerhalb der Gesellschaft in der Zeit zwischen den

beiden Wahlen.

SODEP hat nicht einmal eine ordentliche Opposition geführt. Sie wollte nicht die Alternative sein, hat den demokratischen Forderungen des Volkes keine zuverlässige Antwort gebracht. Sie hat hinter der Fahne des "Sohn seines Vaters" (Vorsitzender Erdal İnönü ist der Sohn des 1973 verstorbenen Generals und Staatsmannes İsmet İnönü) "Politik" (?) betrieben. Als ob sie ihre zur Schau getragene Entscheidung nicht so sehr aufwühlen wollte, hat sie die "Propaganda" ausserhalb der Politik gezogen. Trotzdem hat sie in sehr hohem Masse Stimmen bekommen. Sie hat lediglich den Vorteil ausgenutzt, mehr links zu erscheinen als die HP.

Innerhalb der Gesellschaft ist ein schneller Linksrutsch im Gange. Und die beiden Hauptklassen der Gesellschaft haben davon sehr wohl Kenntnis genommen. Die Bourgeoisie versucht in ihrem Sinne Massnahmen zu treffen. Auf der einen Seite trifft sie verschiedene Abmachungen, damit das Thema der vorgezogenen Wahlen nicht eröffnet wird. Auf der anderen Seite stellt sie diesem Linksrutsch stufenmässige Hindernisse. SODEP hat nicht gewirkt, Ecevit wartet als Ersatz. Ecevit hat diese Wahlen boykottiert und bereitet sich zur linken Alternative vor. Wenn er auch nicht ankommt, so gibt es eine Wechselhierarchie, die die relativen Guten innerhalb der Schlechten beinhaltet.

In letzter Zeit werden viele funktionslose linke Organisationen ohne einen nennenswerten Grund in die Schlagzeilen der Zeitungen gebracht und werden berühmt gemacht. Auch in letzter Zeit läuft ziemlich viel indirekte Propaganda der Menschewisten in einer Form des "Angriffs".

Doch diesmal wird das Wasser den Damm brechen. Unsere Arbeiterklasse bereitet sich vor, die Führung des "Linksrutsches" zu übernehmen. Ihre Hände sind an der Kehle der Bourgeoisie und des Opportunismus, ihre starken Arme an den Schultern der in den Gefängnissen heldenhaft Widerstand leistenden Revolutionäre.

Die Zeit schreitet voran auf der Seite des kämpferischen Marxismus

Werte Freunde, Genossen!

Ich danke Euch allen für Eure Anwesenheit auf dieser für uns sehr bedeutungsvollen Veranstaltung. Genossen, die innerhalb der Arbeiterbewegung der Türkei weder mit der Bourgeoisie aussöhnliche noch die politischen Wirklichkeiten ablehnende, einzige richtige Linie, TKP-İşçinin Sesi, wurde mit der Trennung der ehemaligen Partei 1979 geboren. Die Jahre zwischen 1974 und 1979 waren eine Zeit, in der die hauptsächlichsten Meilensteine der Ansichten unserer Bewegung gesetzt und in der der Streit mit der Parteizentrale zunehmend stärker wurde. Als im Februar 1973 *İşçinin Sesi* zum ersten Mal veröffentlicht wurde, rechnete keiner von uns damit, dass diese kleine örtliche Zeitung uns belehren und erziehen würde. Aber genauso war es dann. Diese kleine örtliche Zeitung hat alle, die bei ihrer Erscheinung beteiligt waren, erzogen, geformt und reifer werden lassen. Schritt für Schritt und unter neuen Beteiligungen schritt sie in die Front des Klassenkampfes in der Türkei. Sie wurde die heutige

Zusammenfassung der Rede von R. Yürükoğlu, Herausgeber von İşçinin Sesi (Arbeiterstimme) auf der Veranstaltung anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Zeitung

Inhaberin der revolutionären Linie, von den zwei, die seit der Gründung unserer Partei 1920 miteinander kämpfen.

İşçinin Sesi ist in einer Hinsicht sowohl das Erbe dieser kämpferischen Linie als auch die Erbin. Die Voraussetzungen des Landes im Jahre 1979 machten es notwendig, gegen diejenigen, die jahrelang unsere gerechten Kritiken und Ansichten in der Dunkelheit der Illegalität erstickt haben, aktiv vorzugehen. Diese Notwendigkeit war schon seit langem ausgereift und vielleicht ein wenig verspätet. Der offene Streit begann. Unsere einzige Waffe war unsere Zeitung. In einem der ersten Artikel in der Zeit des Bruches 1979 sagten wir: "Auf der Seite des Richtigen, nicht des Starken". Die folgenden Monate zeigten, dass die Zahl derjenigen, die

auf der Seite des Richtigen Stellung beziehen wollten, nicht hoch war. Besonders, wenn dieses Richtige aus äusserst linken, kompromisslosen und aggressiven Ansichten besteht, gab es sehr wenige, die bereit waren, die Seite des Starken zu verlassen, bis alle anderen Organisationen und Ansichten, die als Alternative gesehen wurden, eine nach der anderen verschwanden.

Wir haben den Kampf mit einer Hand voll überzeugter Menschen, die das Richtige unterstützen wollten, begonnen. Diese Menschen kämpften seit 5 Jahren mit allem, was sie haben, gegen jegliche Hindernisse des Lebens. Erfreulich ist, wie die erlebten Jahre zeigen, dass das Richtige dazu fähig ist, seine eigene Stärke zu schaffen. Natürlich, die Schmerzen und die Opferbereitschaft können erst nach der Revolution klar werden, zum Preis der Heldentaten. Aber der Weg, den wir durchschritten haben, kann von allen gesehen werden. Und dieser Weg hat begonnen, viele Köpfe, die die Stärke sehen wollten, bevor sie an der Seite des Richtigen stehen, wurden

Der Publikationsstand von İşçinin Sesi bei der Feier des 10. Jahrestages der Zeitung





Der İşçinin Sesi — Chor singt "Die Zukunft gehört denen, die kämpfen"

gerüttelt. Solange dieser Aufmarsch weiter geht, wird die Zerstreuung der revolutionären Bewegung ein Ende finden. In diesem Prozess hat unsere Zeitung *İşçinin Sesi* ihre Aufgabe als kollektiver Organisator, Agitator und Propagandist mit grossem Erfolg erfüllt. Sie wurde ein wahres Zentralorgan. *İşçinin Sesi* ist in der Arbeiter- und revolutionären Bewegung der Türkei die erste und einzige Publikation, die von einer Partei aufgebaut wurde. In der revolutionären Bewegung der Türkei hat keine andere Publikation einen so breiten Kader von Schriftstellern geschaffen, keine wurde von so einem breiten Kader veröffentlicht. In den 4 Jahren zwischen Juni 1979 und Juni 1983 haben (ohne die Leserbriefe) 387 verschiedene Personen und Gruppen für die Zeitung geschrieben. Und keiner von diesen ist ein "Schriftsteller", sondern Menschen, die in vorderster Front des Klassenkampfes kämpfen.

Diesen Punkt haben wir nicht leicht erreicht... In dieser Zeit haben wir auch viele komische Situationen erlebt. Als wir im Jahre 1974 mit den Publikationsaktivitäten begannen, kauften wir einen einfachen gebrauchten Vervielfältigungsapparat. Eines Tages, um Mitternacht, nahmen wir das Gerät auseinander, wickelten es in eine Decke, *schmuggelten* es in den Keller der İTİB — Gebäude und bauten es dort neben der Wand, die von der Feuchtigkeit mit Schimmel bedeckt war, auf. Entschuldigung, wir konnten es

nicht aufbauen, wir stellten es hin. Es nahm viel Zeit in Anspruch, alle Teile wieder zusammensetzen. In der folgenden Zeit danach begannen die Genossen, die in dem Gebäude wohnten, abzumagern. Denn die Küche befand sich im Keller, und keinem war es erlaubt, auf die Kellertreppe zu schauen, geschweige denn, in die Küche zu gehen. Was wäre geschehen, wenn die Toilette auch im Keller gewesen wäre... Ich weiss es nicht!... Später, als diese Arbeit, von der wir fest entschlossen waren, sie zu lernen, uns belehrte, trugen wir den Apparat an eine geeignetere Stelle. (...)

Genossen, ich begrüsse an dieser Stelle mit innerster kommunistischer Glut die Genossen, die mit hohem Verstand, leidenschaftlichem Herangehen und Jahr für Jahr mit ständig steigendem Tempo in der Redaktion arbeiten; die Hände, die jahrelang unsere Zeitung gesetzt und gedruckt haben und die mit ihrer überragenden Arbeit ein Beispiel für die gesamte Partei wurden; und natürlich unsere Arbeiterkorrespondenten, die die Massen zu *İşçinin Sesi* und *İşçinin Sesi* an die Massen tragen und die, die im Verteilernetz mit grössten Risiken arbeiten; diejenigen, die für ihre hohen Ideale jeder Schwierigkeit Widerstand leisten und die Fackel des Kommunismus in unserem Land erheben; diejenigen, im Ausland, deren Herzen jederzeit für ihre Genossen in der Türkei, für die Revolution schlagen, alle Parteimitglieder.

Wir haben auch eine Genossin, deren Name mit der Entwicklung unserer Zeitung und unserer Partei unzertrennlich verbunden ist. Mit ihrer Humanität, ihrem Wissen, ihrer Hartnäckigkeit und ihrem tiefen Hass gegen den Opportunismus wurde unsere Genossin Emine Engin das Gewissen, die Seele unserer Bewegung. Ich grüsse Emine mit Liebe im Namen aller Genossen...

Neben ihrer erfolgreichen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Verhältnisse des Landes, ist jeder unserer Genossen ein wertvoller Mensch, sie sind Menschen. Während so viele Leute herumstehen wie Rechenmaschinen, und zwar solche, die nicht einmal richtig addieren können, ist es unser grosses Glück, mit aufrichtigen Kommunisten zusammen zu kämpfen, mit einem sehr menschlichen Kader, der genauso hassen, wissen und lieben kann, mit Menschen, die sich halb tot lachen können, die sich ihr zweites Kind wünschen können, während sie ihre Waffen einmal im Monat aus dem Versteck herausholen und ölen, damit sie nicht rosten!

Natürlich Genossen, bei uns gibt es auch komische Momente. Egal wie planmässig und genau wir auch arbeiten wollen, wir machen auch einige Fehler. Zum Beispiel, könnt ihr mir sagen, welches Buch das 27. in den *İşçinin Sesi Publikationen* ist. Ihr könnt es nicht sagen, ich kann es auch nicht. Keiner weiss es!

(...)

FortS. S.8

Forts. v. S.7

In diesen Jahren des Faschismus haben wir die organisierte Tätigkeit auch nicht für einen Moment ruhen lassen. Wieviele Organisationen innerhalb der revolutionären Bewegung können das mit der gleichen Offenheit von sich bezeugen. Das Resultat dieser Haltung haben wir heute in der Türkei, eine sowohl grössere als auch verbreitetere Organisation als vor dem 12. September 1981.

In diesen Jahren des Faschismus haben wir unsere Genossen, mit denen wir Verbindung aufnehmen konnten, unsere Genossen in den Gefängnissen und ihre Familien nicht allein gelassen.

Die Genossen in den Gefängnissen, besonders die leitenden Genossen, haben eine schwere Prüfung abgelegt und unterstehen dieser Prüfung immer noch. *Hier, an diesem Abend rufen wir alle zusammen zu ihnen: Ehre gebühren soll dem, der kämpft und dem, der fällt. Ehre dem, der sich nicht ergibt!*

Vor dem 12. September waren wir ausserhalb des Landes nicht existent. Heute existieren wir in Holland, Frankreich, Schweden, Deutschland, England, Norwegen, Österreich bis hin zu Australien.



Folkloregruppe bei der Feier des 10. Jahrestages von İşçinin Sesi

(...)

Als wir 1979 zum ersten Mal auftraten, sagte man über uns: "Eure Theorie ist stark, aber ihr habt keine Organisation". Dies waren Leute, die sich als Freunde gaben, die wussten, dass wir richtig waren, aber um auf unsere Seite zu kommen, die Stärke voraussetzten. Es sind seit dem einige Jahre vergangen. Nun fragen sie: "In Europa seid ihr eine bemerkenswerte Organisation, aber existiert ihr in der Türkei?" Unsere Antwort an solche Leute ist: "Keine Sorge, ihr werdet unsere Existenz in der Türkei auch sehen". Die grossen Organisationen von gestern beginnen wieder von einem günstigeren Punkt. Sie haben ausgedehnte Beziehungen, die während den vergangenen Jahren ruhten und die sie nun wieder aufnehmen können. Doch jeder

Arbeiter, den wir erreichen konnten, weiss sehr gut, wer in den Jahren des Faschismus den Laden dicht gemacht hat und wer seine Tätigkeit zu jedem Preis beharrlich weiterführte.

Das wichtigste ist, dass die Zeit auf dem kämpferischen Weg des Marxismus voranschreitet. Der revolutionäre Marxismus wird alle Begründungen, alle Hindernisse beseitigen. In den nächsten Jahren gibt es kein Entkommen vor uns!

Vor uns ist eine bewegliche Periode, die sehr schwierig sein wird, weil die Unterdrückung nicht abnehmen wird. Aber wenn wir das Notwendige tun, so wird diese Periode sehr fruchtbar sein. Wir alle, alle Genossen müssen noch besser und noch mehr arbeiten. Nicht nur in den praktischen Aufgaben, in jedem Bereich.

Wir haben bei der Vereinigung von legaler und illegaler Arbeit ziemliche Fortschritte erzielt, aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Eine lebenswichtige Aufgabe ist, von den legalen Möglichkeiten besser Gebrauch zu machen. Unter unseren Genossen ist die Tendenz, vor den legalen Möglichkeiten zurückzuschrecken, diese mit dem Opportunismus gleichzusetzen, noch

nicht vollständig beseitigt. Solche Mängel müssen wir schleunigst beseitigen.

(...)

Wir sind eine Bewegung, die die wissenschaftliche Ausgeglichenheit mit der revolutionären Begeisterung verbinden kann. Wir versuchen die revolutionäre Begeisterung gleichzeitig an das Volk weiterzugeben. Wir kämpfen ständig gegen das Bild des Besiegten. Ein gutes Beispiel dafür ist unsere Haltung zu den Folterungen. Viele Bewegungen berichten in ihren Publikationen seit drei Jahren seitenlang über die gefolterten Revolutionäre. Ihr Ziel soll die Blossstellung des Faschismus sein. Habt ihr in *İşçinin Sesi* auch nur einen einzigen Satz davon gesehen? Haben wir denn keine Genossen, die gefoltert wurden? In diesem Saal

finden sich sogar Genossen, die mehrmals gefoltert wurden und der Polizei entkommen sind. Unter ihnen sind auch solche, die ihren Verstand verloren haben oder einen dauernden Körperschaden davontragen. *Aber was ist das Ziel?* Das Ziel ist, die arbeitende Bevölkerung von ihrer eigenen Kraft zu überzeugen, und für diejenigen, die von sich behaupten, auf der Seite des Arbeiters zu stehen, sind Entmutigung verbreitende Verhalten verboten.

Zuletzt, Genossen, möchte ich auf einen für uns sehr wichtigen Punkt eingehen. *Alles, was wir haben, haben wir selbst geschaffen. Und wir sind vorangekommen auf der Basis des von uns geschaffenen.* Wir sind nicht in die TKP eingetreten und haben alles mitgenommen, was wir finden konnten. Der Kader, der heute die Führung unserer Organisation bildet, war ein wichtiger Teil derer, die damals die TKP aus dem Nichts wiedergeschaffen hatten. Diese unsere Grundeigenschaft besteht auch heute noch. Aus diesem Grund haben wir vielleicht in manchen Gebieten keine Möglichkeiten. Aber dies eine zeigt die ganze Geschichte des Klassenkampfes, und wir wissen auch sehr gut, dass die Wahrheiten des Lebens und des Marxismus nicht das Monopol von irgendeiner Person oder Organisation sind, egal ob sie ihre Revolution geschafft haben oder nicht. Wenn dies nicht der Fall wäre, würden die Entwicklungen der letzten 35 Jahre nicht zu der Ansicht führen, "Wenn du die Revolution willst, sollst du keine Bruderpartei sein". Die zwei grossen Mächte unserer Welt heute, die USA und die Sowjetunion, sind die zwei Pole des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus. Unser Platz ist an der Seite der Sowjetunion. Aber nicht in der Form: "Lange lebe mein Kaiser", oder: "In jedem, was sie tut oder sagt, gibt es eine Weisheit."

Genossen, der Kampf ist schwer, der Feind skrupellos, der Weg lang, sehr lang. Aber es gibt keine würdigere Aufgabe als das Kommunistsein, das dem Volk den Weg seiner Befreiung zeigt.

(...)

Am 10. Gründungstag von *İşçinin Sesi* rufen wir gemeinsam mit allen, die ihr Leben für den Kommunismus geopfert haben, mit den Suphis und Nejats, den Barış Yıldırıms, Talip Öztürks, Ali İhsan Özgür und unserer jungen Genossin İnanç Seciç:

Wir marschieren Hand in Hand
Unser Blut wird die Unterdrückung ertränken
Eine leuchtend rote Sonne
Wird aufgehen über den Gräbern*
Es lebe die Arbeiterklasse der Türkei!

Es lebe der Kommunismus!

* Strophe eines türkischen Volksliedes.

Ein Interview mit Aydın Meriç, dem ehemaligen Stellvertreter des Generalsekretärs von DISK

Am 13. Februar ist der Jahrestag der Gründung des Revolutionären Gewerkschaftsbundes der Türkei, DISK, deren 78 Führer seit Dezember 1981 vor Gericht stehen. Sogar bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden jeden Tag neue Prozesse gegen Gewerkschaften, die DISK angeschlossen sind, begonnen. *Türkei-Spiegel* interviewte Aydın Meriç, den ehemaligen Stellvertreter des Generalsekretärs der DISK.

Türkei-Spiegel: Kürzlich fand das Allgemeine Treffen der Gewerkschaftsräte von Türk-İş, der einzigen zugelassenen regierungs- und unternehmerfreundlichen Gewerkschaft der Türkei statt. Wie sehen Sie die Position der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei im Hinblick auf das Ergebnis dieses Treffens?

Aydın Meriç: Die Junta, die mit einem Schlag am 12. September 1980 an die Macht kam, verbot die Arbeit von DISK und einiger anderer Gewerkschaften. Dadurch war es von da an für Arbeiter unmöglich, demokratische Gewerkschaften zu organisieren. Türk-İş ist das einzige bedeutsame Gewerkschaftszentrum, das übrig geblieben ist. Daher ist seine Existenz und die Haltung, die es einnimmt, von grösster Bedeutung. Das 13. Allgemeine Treffen der Gewerkschaftsräte der Türkei machte die Unzufriedenheit der Bevölkerung deutlich. Ihre Forderungen oder die Forderungen der einfachen Arbeiter erreichten die leitenden Elemente oder die Führungsspitze nie und sind deswegen auf dem Kongress niemals richtig berücksichtigt und diskutiert worden. Anstelle dessen wurde ihr Unmut als Ausdruck verschiedener bürgerlicher Ansichten betrachtet. Als Resultat wurde auf diesem Kongress nichts Positives erreicht, und die Schlussfolgerung ist, dass dieselbe reaktionäre Führung erhalten geblieben ist. Der einzige Unterschied besteht darin, dass das Exekutiv-Komitee, bestehend aus 29 Mitgliedern, jetzt ersetzt worden ist durch ein Komitee aus 5 Mitgliedern, welches die Junta unterstützt. Auf dem Kongress war klar, dass die Junta mit der Loyalität, die die Türk-İş-Führung ihr bis dahin gezeigt hatte, zufrieden war. Beweise für diese Tatsache finden sich in Kenan Evrens Botschaft an den Kongress,



Türk-İş-Vorsitzender Yılmaz begrüsst einen lieben Gast



Wir müssen die Überlieferungen von DISK schützen

sowie in der Rede Turgut Özals und dem Respekt, der von "Parlamentariern" der Junta auf dem Kongress gezeigt wurde. Wie auch immer, all diese Faktoren scheinen die Rolle und das Bild von Türk-İş in den Augen der Arbeiter sowie der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei im allgemeinen nicht verringert zu haben. Die Arbeiter können ihre Kämpfe ohne Gewerkschaften nicht austragen, und Türk-İş ist für sie das einzig existierende Gewerkschaftszentrum.

Türkei-Spiegel: Wie sieht die gegenwärtige Situation im Hinblick auf die Organisation der DISK aus, und wie ist die Stellung ihrer Kollegen, die ihre Führer waren?

Aydın Meriç: Wir werden dem 17. Jahrestag der DISK-Gründung am 13. Februar gedenken. Es ist unbestreitbar, dass DISK in der Zeit vom 13. Februar 1967 bis zum 12. September 1980 eine wichtige und ehrenvolle Stellung eingenommen hat. Wie auch immer, heute müssen wir ehrlicherweise zugeben, dass eine Organisation, genannt DISK, mit eigenen Rechten nicht mehr existiert. Was da ist, sind die Überreste eines 14jährigen von DISK geführten Kampfes. Unsere erste und eindringlichste Pflicht muss es sein, bestimmte Überlieferungen der DISK zu schützen. Wir können auflisten, was von DISK übrig geblieben ist:

Zuallererst einmal die mittleren und oberen Führer der letzten Phase von DISK. Einige dieser Menschen befinden sich noch in den Gefängnissen der faschistischen Junta. Wir müssen unseren festen Kampf im Interesse unserer Kollegen fortsetzen, ihre Freiheit wiederzuerlangen. Einige unserer Gewerkschaftler wurden zu politischen Flüchtlingen, um dem Terror der Junta zu entkommen. Wir müssen solchen Freunden helfen, ihre Probleme zu lösen, Probleme, die ein Teil des Dilemmas sind, das politischen Flüchtlingen ganz allgemein gegenübertritt. Beide, sowohl unsere Kollegen im Gefängnis als auch die früheren Führer, die jetzt politische Flüchtlinge sind, repräsentieren nichts mehr als Geschichte, da sie ohne existierende Gewerkschaftsbewegung in der Türkei nicht mehr

Fortis. S. 10

Forts. v. S.9

wirken können.

Das zweite bedeutende Erbe der DİSK sind seine ehemaligen Arbeitermitglieder. Heute sind diese Brüder und Schwestern noch unorganisiert. Sie müssen im Rahmen von Türk-İş organisiert werden und ihren Kampf von dort aus führen.

Das dritte und wichtigste Erbe der DİSK besteht in den Überlieferungen, die es immer aufrecht erhalten wird. Diese Überlieferungen des von DİSK verfolgten Kampfes kamen der Arbeiterklasse der Türkei zu Gute. Eine unserer wichtigsten Aufgaben in der heutigen Gewerkschaftsbewegung ist es, der Arbeiterklasse diese Tradition bewusst zu machen, die Traditionen, die allgemeines Eigentum aller Arbeiter von DİSK, Eigentum von Türk-İş und Eigentum der ganzen Türkei sind. Wir sollten versuchen, diese Traditionen besonders innerhalb der Türk-İş selbst auszubreiten, weil sich mit jedem Tag, der verstreicht, ehemalige DİSK-Mitglieder von Türk-İş-Mitgliedern entfernen und der Übergang der Traditionen in die Reihen von Türk-İş verschoben wird.

Ich betrachte die folgenden drei Punkte als Meilensteine im 14-jährigen von DİSK geführten Kampf:

1. Dass DİSK als einzige die Klasseninteressen der Arbeiter in täglicher Gewerkschaftspraxis verteidigt, war dem Klassenkompromiss gegenübergestellt und verkündete offen, dass soziale Befreiung der Arbeiter und der Gesellschaft nur durch Sozialismus möglich ist.

2. Dass DİSK Taktiken entwickelt und erneuert hat, um den Kampf für Gewerkschaftsrechte anzutreiben, bei davon abhängig, was im Staat beim gegenwärtigen Klassenkampf notwendig zu tun war.



Noch ein lieber Gast auf dem Türk-İş-Kongress

3. Dass DİSK die Frage der inneren Demokratie in den Vereinigungen aufgenommen hat, nach dem Motto, dass "Arbeiter als Basis das Recht haben sollten, zu sprechen und zu entscheiden". Dies war ihr Leitsatz, der in die Tat umgesetzt wurde.

Türkei-Spiegel: Wie sollten wir unsere Solidaritätsarbeit zur Gewerkschaftsbewegung durchführen? Welche Faktoren sollten die Solidaritätsbewegungen im In- und Ausland Ihrer Meinung nach berücksichtigen?

Aydın Meriç: Heutzutage führen

die Arbeiter ihre Kämpfe in verschiedener Weise fort. Die Wiedererlangung ihrer Gewerkschaftsrechte stellt einen der wichtigsten Aspekte des Kampfes dar. Daher müssen wir unsere Solidarität mit diesem stattfindenden Gewerkschaftskampf steigern. Es ist ganz besonders notwendig, unsere Beziehungen zu den Gewerkschaften, zu den Gewerkschaftlern und zu fortschrittlichen Tendenzen innerhalb von Türk-İş zu festigen, sodass wir diesen Organisationen und Einzelpersonen helfen, ihre Verbindungen zu Gewerkschaftszentren anderer Länder zu stärken. Wir müssen die Solidaritätsarbeit mit DİSK davor schützen, ausgebeutet oder auf rein theoretische Ebene verlegt zu werden. Wir können und müssen unsere Solidarität konkret ausdrücken, so zum Beispiel die eingesperrten DİSK-Mitglieder zu retten, Probleme der politischen Flüchtlinge zu lösen und Probleme in Angriff nehmen, die ehemaligen DİSK-Mitglieder mit Mitgliedern von Türk-İş unter ein Dach zu bringen. Solidaritätsarbeit muss sich an solchen konkreten Aufgaben orientieren, andernfalls wird eine Solidarität nichts bewirken, die nur auf einem theoretischen Konzept von DİSK basiert, welches nur in den Köpfen der politischen Flüchtlinge des Auslandes überlebt, während DİSK in der Türkei nicht existiert. Und zuallerletzt sollten sich politische Gruppen und Individuen davor hüten und davon ablassen, solche theoretische Propaganda zu ihrem Lebensweg zu machen.

DİSK — Angeklagte vor Gericht





Der 1. Mai 1977 in Istanbul — organisiert von DISK

“Für eine demokratische Klassengewerkschaft Türk-İş”

Interview mit Musa Karakoç, ehemaliges Mitglied der Gewerkschaft Textil, die DISK angehörte

Türkei-Spiegel: Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht die Lage in der Türkei nach drei Jahren Juntaherrschaft?

Musa Karakoç: Die am 12. September 1980 an die Macht gekommene faschistische Junta hat auf der einen Seite den Klassenkampf in seiner Gesamtheit unterdrückt und auf der anderen Seite alle demokratischen Rechte aufgehoben. In dieser Zeit hat die Junta nicht nur hunderttausende Revolutionäre und Demokraten in die Kerker gefüllt, sondern jeden Bereich des Lebens in einen Kerker umgewandelt. Tausende Gewerkschafter und politische Oppositionelle werden mit hohen Freiheitsstrafen angeklagt. Die Löhne wurden gedrückt, den Unternehmern freie Hand gelassen. Aus der Sicht unserer Völker bedeuten diese Jahre schwere wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Unterdrückung und Terror.

T.S.: Wie betrachten Sie jetzt die Lage unter der Regierung Özals?

M.K.: Die Regierung Özals ist nichts anderes als die Fortführung des Faschismus in Zivil. In diesem Sinne wird die Politik der Generäle fortgeführt. Wie Sie sich erinnern können, war ANAP eine der drei Parteien, die durch die Junta zugelassen worden war, um an den allgemeinen Wahlen am 6. November vorigen Jahres teilzunehmen. Özal, der früher der Vorsitzende des Arbeitergebietsverbandes Gesamtmetall war, handelte rigoros im Interesse seiner Klasse.

Die Reallöhne der Arbeiter heute sind unter die Marke von 1963 zurückgefallen. Der Mindestlohn von 16.000 türkische Lira (ca. 120 DM) reicht nicht einmal für die Hälfte der Lebensmittelausgaben einer Familie, geschweige denn für ihren Unterhalt. Als ob dies nicht genug wäre, hat Özal direkt nach Ausgang der Kommunalwahlen am 23. März die Preise für Lebensmittel im Schnitt um 30% erhöht. Die

Mindestmiete beträgt 8000 Lira. Die Arbeiter und ihre Familien werden zum Hungern verurteilt. Die Führung vom Gewerkschaftsverband Türk-İş stimmt, einig mit der Bourgeoisie, diesem Urteil zu.

T.S.: Sie waren DISK-Mitglied. Türk-İş ist zur Zeit der einzige zugelassene Gewerkschaftsverband. Welche Aufgaben haben demnach Ihre Gewerkschaftskollegen?

M.S.: Es gilt für alle meine Gewerkschaftskollegen, all ihre Erfahrungen in Türk-İş hineinzutragen. Der Kampf gegen den Faschismus und die faschistischen Arbeitsgesetze, fällt zusammen, mit dem Kampf, gegen die Führung, die mit der Bourgeoisie gemeinsame Sache macht, eine Türk-İş auf der Grundlage der Klassengewerkschaft aufzubauen. Der Kampf muss für die demokratische Klassengewerkschaft Türk-İş gesteigert werden, in der die Tradition von DISK weiterlebt.

Cruise missiles — zugeschnitten für die türkischen Meerengen

Ayla Antepli

Seit das faschistische Militärregime in der Türkei am 12. September die Macht ergriffen hat, ist es in einer ununterbrochenen und aggressiven Kampagne der Militarisierung einbezogen, wie es nur von einem Militärregime zu erwarten ist. Es stellte die Modernisierung der Armee auf höchste Dringlichkeitsstufe, durchgeführt mit amerikanischer Hilfe und Ausrüstung. Es hat die Basis gelegt zu einer "nationalen" Verteidigungsindustrie, welche eventuell F-16 Kampfflugzeuge produzieren kann, um die 100, die letztes in Amerika gekauft worden sind, zu ergänzen. Erneut hat sie mit amerikanischen Geldmitteln neue, grosse, militärische Luftfelder im Osten des Landes konstruiert, und ist nun damit beschäftigt, andere Militärbasen in Corlu, 85 Meilen von der bulgarischen Grenze entfernt, zu bauen. Berichten zu Folge wird die Basis fähig sein, Flugzeuge mit Luftwarn- und Kontrollsystemen (AWACS) aufzunehmen. Letztes Jahr führte die Junta eine praktische Invasion im Nord-Irak durch. Kürzlich garantierte es Durchreiseerleichterungen von amerikanischen "Friedenserhaltungs" - Kräften in den Libanon.

Es kommt nicht überraschend, dass nun geplant wird, amerikanische Cruise Missiles in der Türkei aufmarschieren zu lassen.

"Ein ehrgeiziger Plan"

Gemäss dem Wortlaut der *Sunday Times* vom 18. Dezember 1983 haben die Vereinigten Staaten einen eifrigen Plan für einen neuen Satz von mobilen Abschussrampen der Cruise Missiles, ähnlich diesen von Greenham Common, in Erwägung gezogen. In diesem Plan ist die Türkei als einer der möglichen Stationierungsorte vorgesehen.

(...)

Die Abschussrampen feuern Missiles ab, die mit konventionellen, starken Sprengstoffen bewaffnet sein würden, aber die Abschussrampen könnten auch dazu gebraucht werden, nukleare Cruise Missiles loszuschossen. Bestimmte, die Verteidigung betreffende Quellen in Washington haben bestätigt, dass der Plan, vorbereitet von der Science Application Inc. in Washington, einer von verschiedenen ist, die offiziell geprüft werden. Es würde der NATO zwei Vorteile bieten:

Das System ist entworfen, um als nukleare Auffangstelle zu fungieren.

Türkische Verteidigungsspitzenkräfte haben keine klare Antwort auf die Frage gegeben, ob die Türkei bereit ist, die Entwicklung eines neuen Satzes von Cruise missiles zu akzeptieren, der speziell entwickelt worden ist, um nahe Seepassagen zu flankieren, so wie die türkische Meerenge, die die sowjetischen Schiffe passieren müssen. Es gibt Beweise dafür, dass diese Entwicklung diskutiert worden, und ihr spätestens im August 1983 zugestimmt worden ist, einerseits als Teil eines amerikanischen Unternehmens, die "totale Schifffahrtsüberlegenheit" zu erlangen, andererseits als Teil der eigenen aggressiven Militärpolitik der Junta.

Weil es in der äusseren Erscheinung identisch mit den nuklearen Cruise Missiles und ihren Launchers sein würde, würde es die sowjetischen Strategen bezüglich der Zahl und der Standorte der Nuklearwaffen der NATO verwirren. Die Mobilität des Systems würde es erschweren, es ausfindig zu machen, und somit es zu zerstören, ausser durch sehr grossflächig angelegte Angriffe.

Die Missiles würden nahe Seestücke, die die sowjetische Flotte passieren muss, flankieren. Eine von diesen liegt zwischen dem Norden Schottlands, Grönland und Island. Das System würde einen relativ billigen und effektiven Weg darstellen, dem entgegen zu arbeiten, was US-Stabschefs gemeinschaftlich als die wachsende Gefährdung der NATO-Seewege im Nordatlantik durch die sowjetische Flotte betrachten. Die Studie betrachtet 10 mögliche weltweite Stationierungsorte des Systems, und schliesst mit der Feststellung, dass es am günstigsten in der Türkei, in Japan, Dänemark und West-Deutschland, Island, Schottland und Norwegen stationiert sein würde. Thurso in Schottland und Keflavik in Island sind als "einleuchtende Basisstützpunkte" betitelt.

(...)

Der Reporter schliesst damit, dass das System technisch brauchbar und billig sei, und dass es den Befehlshabern bestimmter Einsatzgebiete und Areale umfassende Möglichkeiten bieten würde, — aber effektive Kontrolle wichtiger Seewege, die Entlassung von Oberflächen- und Unterwasser-Kontrolleinheiten zu anderen Zwecken und ein hoher Überlebensgrad auf Grund seiner

Mobilität.

(...)

Der Reporter äussert weiterhin einen warnenden Kommentar bezüglich der Zahl der Einheiten, die man ins Auge gefasst hat. Die 10 für Europa vorgeschlagenen Einheiten, jedes bestehend aus vier Launchern und 16 Missiles, würden nicht genügen, um als wirkungsvolle nukleare Fangstelle fungieren zu können, solange sie nicht von Zeit zu Zeit mit nuklearen Cruise-Einheiten vermischt würden, heisst es. Der Reporter wird jetzt genauer von der Pentagon's Defence Advance betrachtet, der Abteilung, die verantwortlich für zukünftige Entwicklungen ist.

"Höchst möglicher Nutzen"

Der Reporter, vorbereitet für die Nukleare Verteidigungsagentur in Washington DC, merkt an, dass "GLASS den höchstmöglichen Nutzen in solchen Gebieten wie denen der *Türkei*, Japan, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Island, Grossbritannien (Schottland) und Norwegen zu haben scheint".

Ein fügt hinzu, dass sich die Verteilung, wenn die Vorteile von GLASS begrenzt sein würden, in Übereinstimmung mit den jeweiligen Regierungen der oben genannten Länder theoretisch *über alle Massen* auszahlen würde. Die Türkei würde an die erste Stelle der Diskussionsliste der "möglichen Stationierungsgebiete" gesetzt. Die Bewertung des Nutzens einer Stationierung in der Türkei lautet wie folgt:

Türkei: "Der Durchgang von sowjetischen Einheiten zu und vom Schwarzen Meer kann ohne weiteres durch Verminung oder Blockade der Bosphorus-Dardanellen gestoppt werden. Falls die Türkei ihre Grenzen überschreiten könnte, könnte sie diese Hindernisse einnehmen, und infolgedessen einen freien Durchgang ihrer See-Einheiten bis zum Mittelmeer erreichen. Eine solche Tat könnte einen Landangriff in Verbindung mit einer Überlandattacke des Ostens auslösen. Auf jeden Fall würden angesammelte sowjetische Flotteneinheiten im Schwarzen Meer eine mögliche Gefahr der Zukunft darstellen, und sollten deswegen ausgeschaltet werden. GLASS, stationiert im südlichen Teil der Türkei, würde ein Problem für die sowjetischen Flotteneinheiten im östlichen Mittelmeer darstellen. Infolgedessen besteht für GLASS-

Entwicklungen und -Stationierungen in der Türkei eine relativ hohe Möglichkeit des Kontaktes mit sowjetischen Einheiten an der Wasseroberfläche, was entweder zu einer Zermürbung, wenn nicht sogar zu einem Verlust der betrieblichen Flexibilität dieser Kräfte führen könnte.

Ausser Diskussion?

Die Reaktion der neuen türkischen bürgerlichen Regierung auf den Artikel der *Sunday Times* lief auf die weitläufige und, man würde vermuten, genau überlegte Formulierung hinaus, dass "eine Stationierung von Cruise Missiles in der Türkei ausser Frage steht". Aber betrachtet man die Anmerkungen des Ministers der Nationalen Verteidigung, Zeki Yavuztürk, etwas genauer, erkennt man, dass, wie es Gewohnheit der türkischen Regierungsbeamten in der Handhabung solcher Fragen ist, Yavuztürk keine tatsächliche klare Antwort auf

All dies kann nur zu dem Schluss führen, dass die Türkei sehr darauf bedacht ist, die Heimat dieser arbeitsamen neuen Missiles zu werden.

Moderne Technologie um der Bedrohung der Meerengen entgegen zu wirken. Eine Stationierung der neuartigen mobilen Missilelaunchers würde völlig übereinstimmen mit der bisherigen Verteidigungspolitik der Türkei, mit Regierungsaussprüchen, die in der Vergangenheit geäussert worden sind, und mit der Atmosphäre einer sowjetischen Bedrohung der Türkei im Allgemeinen und der Meeresege im Besonderen, welche von der türkischen patriotischen Presse während der mehr als dreijährigen Militärherrschaft genährt worden ist.

Erstens: Der Türkei sind Missile Launchers nicht fremd. Es gibt über die ganze Türkei verteilt, amerikanische Luftstützpunkte, die fähig sind, sowohl konventionelle, als auch taktische nukleare Luftangriffe beginnen zu lassen (z.B. Incirlik).

Meinung ist einer allmählichen psychologischen Vorbereitung auf eine Stationierung eines neuen Satzes von nuklearen Missiles ausgesetzt. Als die Verhandlungen betreffs der kommenden Stationierung von Cruise Missiles in Europa 1982 und 1983 fortgesetzt wurden, erinnerten türkische Zeitungen ihre Leser daran, dass der Rückzug der sowjetischen Missiles, die auf die Türkei gerichtet seien, nicht in Betracht stünden. Die Überschriften lauteten: "Die Russen werden die 100 Missiles, die auf die Türkei gerichtet sind, nicht aufgeben." (*Tercüman*, 18. Dezember 1982)

Am Neujahrstag 1983 berichtete *Hürriyet* von einem Interview, in welchem der amerikanische Botschafter in der Türkei, Robert Strausz-Hupe, erklärte, dass gemäss dem 1981 unterzeichneten Verteidigungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei, "die Türkei die Entscheidung annahm, nukleare Waffen zu benutzen, wenn es nötig sei", und



die Frage gegeben hat, ob Missiles in der Türkei stationiert werden oder nicht. Yavuztürk sagte:

"Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in fünf vorher ausgesuchten Ländern Europas hat begonnen, mit dem Ziel, das nukleare Gleichgewicht der NATO und dem Warschauer Pakt zu festigen, aber die *Türkei ist keines der fünf Länder, die in Frage kommen*". (*Newspot*, 30. Dezember 1983)

In Wirklichkeit beantwortete Yavuztürk diese Frage überhaupt nicht. Er sagte nur, dass die Türkei keines der fünf vorher *ausgewählten Länder* Europas sei, in denen eine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles des "alten Typs" bereits begonnen hat. Er übergang die Frage einer *neuen Auswahl* von Ländern für eine Stationierung von Cruise Missiles des *neuen Typs*, welche *in Zukunft* stationiert werden müssen, völlig.

Tatsächlich äusserte sich die grösste Empfänglichkeit für das Problem der Nuklearwaffen, die von der türkischen Regierung und Presse gezeigt worden ist, bei der *Versetzung* von Jupiter Missiles aus der Türkei während der kubanischen Missile Krise 1962. Für den Fall, dass die "Missachtung", unter der die Türkei zu dieser Zeit "litt", mit den Jahren vergessen worden sein sollte, wurde dem 20. Jahrestag dieser Krise im Oktober 1982 mit einem Schwall von Zeitungsartikeln gedacht, verfasst von solchen "liberalen" Schreibern wie Ali Birand, welche daran erinnern sollten, wie die Türkei aus einer Stellung unter dem amerikanischen Nuklearschirm gänzlich herausgehalten worden ist. Länder wie die Türkei, schrieb Birand, würden in Krisenzeiten bei Verhandlungen nicht viel Beachtung erhalten. (*Milliyet*, 20. Oktober 1982)

Zweitens: Die türkische öffentliche

dass die NATO "die Türkei ersuchen kann, nukleare Waffen anzuspeichern." Infolgedessen wurde tatsächlich, so wie 1981 auch zugestimmt, neue Nuklearwaffen anzunehmen. Darüberhinaus gibt es Beweise, dass eine Stationierung von Missiles Launchers des GLASS-Typs, extra entworfen für den "Schutz" der Meerengen, diskutiert und ihr im Sommer 1983 zugestimmt worden ist.

Der Bericht über das "Ground Launched Anti Ship System (GLASS)", vorbereitet für die Defence Nuclear Agency deckt die Periode vom September 1982 bis zum Juli 1983 und wurde veröffentlicht am 29. Juli 1983. Am 13. August 1983 besuchte *John Lehmann*, ein hochrangiger amerikanischer Flottenaufsichtsbeamter, die Türkei. Er führte Gespräche mit dem amerikanischen Botschafter Strausz-Hupe,

Forts. S. 14

der es auf sich nahm, Lehmann durch Ankara zu führen. Er hatte ausserdem Unterredungen mit Admiral *Nejat Tümer*, dem Oberbefehlshaber der türkischen Flotte und Mitglied des regierenden Nationalen Sicherheitsrates. Im Oktober 1982 schrieb Admiral *Tümer* einen Artikel im NATO-Journal "Die fünfzehn Nationen der NATO" unter dem Titel "Flottenmässige Kontrolle der türkischen Meerengen" in welchem er zu Vorsicht gegenüber der sowjetischen Flotte aufrief, die sich im Mittelmeer gebildet hat. Er betonte die grosse strategische Bedeutung der Meerenge für die Sowjets wegen ihrer Nähe zum Treibstoff im Mittleren Osten und zum Suezkanal. Er führte die Tatsache aus, dass die Sowjetunion das Land ist, welches die Meerenge am meisten gebraucht, dass 62% des sowjetischen Seehandels diese Meerenge passiert, und dass "moderne technische Entwicklungen und der Lauf der Zeit" den Status quo in Bezug auf die Meerengen beeinflusst haben, der in der Montreuxer Konvention noch vereinbart worden war. Laut Admiral *Tümer* ist "viel Wasser unter der Bosphorus-Brücke entlang geflossen, seit die Montreuxer Konventionen unterzeichnet worden ist".*

Als John Lehmann im August 1983 nach Ankara kam, bestand kein Zweifel, dass Admiral *Tümer* bereit war, Massnahmen zu diskutieren, um den sowjetischen Flottenbildung entgegen zu wirken und mit den "modernen technischen Entwicklungen und dem Lauf der Zeit Stand zu halten". Gemäss Lehmann diskutierten sie "die Gebiete, in denen die Flotten der zwei Länder tätig sein werden zu kooperieren, sowie den Gleichgewichtszustand zwischen den Flotten-Kräften im Mittelmeer und die allgemeine Situation in Bezug auf die Entwicklungen der Widerstandsfähigkeit des Südflügels der NATO bei Gebietsverlusten". (*Milijet*, 14. August 1983)

Lehmann nahm besonderen Bezug auf die "grosse Bedeutung und fundamentale Rolle von nuklearen Flugzeug tragenden Schiffen bei der Stärkung der Widerstandskraft der Flotte bei Gebietsverlusten".

Anwendungen von Angriffsprinzipien

So, wie die Cruise Missiles, die jetzt in verschiedenen west-europäischen Ländern stationiert werden, Teile von Reagan's Unternehmen mit dem

* Montreuxer Konvention: Übereinkommen von 1936, Durchgangsverkehr und Schifffahrt durch die Meerengen zu leiten.

Ziel der weltweiten nuklearen Überlegenheit sind, kann man deutlich erkennen, dass die Entwicklung und Stationierung von GLASS Missile Launchers dieselbe Position in diesem Unternehmen zur Erreichung der völligen See — und Küstenüberlegenheit einnimmt, was den Kern dessen darstellt, was in der Flotte der Vereinigten Staaten als "Lehmann-Doktrin" bekannt geworden ist. Die Stationierung der GLASS-Launchers in der Türkei ist eine praktische Anwendung dieses Angriffsprinzips in der türkischen Meerenge. Es ist klar, dass die



Verwirklichung diskutiert und höchstwahrscheinlich im August 1983 (wenn nicht vorher) beschlossen worden ist, als der Autor dieses Planes die Türkei besucht hat. Was ist der "Lehmann-Plan"? Es ist nach Lehmanns Worten das Erlangen der "totalen See- und Küstenüberlegenheit über jedwede Macht oder Mächte, welche versuchen könnten, unseren Gebrauch der Meere und die Stärkung unserer wesentlichen Interessen weltweit zu verhindern".

Die Flotte Reagans, versicherte Lehmann, "wird in ihrer Orientierung

sichtlich ausgebreitet werden". Kurz: "Falls wir herausgefordert werden, werden wir fähig sein, jeden Feind in Grund und Boden zu schicken". Lehmann führt das strategische Ziel der Marine weiter aus: "Wir müssen die russische Marine austreichen, ... wir müssen die Sowjetunion zu einem isolierten Eiland machen". (*Counter-spy*, Sep.-Nov. 1983)

Ein fortlaufender Prozess der Militarisierung

Vielleicht ist der unheilverkündendste Aspekt dieser ganzen Geschichte, dass alles dies nur ein *kleiner Teil* der aggressiven Militärpolitik und Aktivitäten ist, welche die Junta seit dem 12. September 1980 mit unerschütterlicher Beständigkeit verfolgt hat. Ihre Politik und ihre Auserungen zeigen, dass sie sich selbst als jemanden sieht, der eine avantgardistische Rolle innerhalb des eigenen Gebiets spielt, im allgemeinen Kalten- Heissen Krieg gegen Sozialismus und Revolution, ein Krieg, der heutzutage auf einer Welt- Waage gewogen und entschieden wird, mit der Einführung von Cruise Missiles in Europa, der Stationierung von amerikanischen Truppen im Libanon, der Invasion in Grenada und der versuchten Destabilisierung von Nicaragua, alles unter der allgemeinen Führerschaft von Präsident und Oberbefehlshaber der Vereinigten Staaten Ronald Reagan. Die Türkei ist auf dem direkten Weg, in der gleichen Zeit sein "privilegierte" Position zu nutzen, und einige alte Rechnungen zu begleichen: Zypern, Mosul und Kerkük im Nord-Irak, vielleicht Trakya...

Die GLASS Missile Launchers sind nur die spätesten und sicher nicht die letzten Raketen eines fortlaufenden Prozesses der Militarisierung, der für die Leute in der Türkei und der ganzen Region nur verheerende Folgen haben kann, falls man zulässt, dass er fortgesetzt wird. Sicher hat die neu "gewählte" Regierung unter der Leitung Turgut Özal mit ihrer "nicht-wissen", "nicht meine Sache"- Haltung gegenüber allen Fragen der Menschenrechte, Ausländerpolitik und "Verteidigung" weder die Neigung noch die Kraft, diesen Geschehen Einhalt zu gebieten. Für die Türkei und ihre Nachbarn ist die Frage des Friedens somit mehr als jemals gebunden an die Überwältigung der faschistischen Junta, welche sich deutlich auf einem Kurs der fortschreitenden Militarisierung, Aggression und Friedensgefährdung befindet, und Özal und seine Kollegen nur verpflichtet hat, um die öffentlichen Beziehungen zu führen und die Wirtschaft zu koordinieren, während sie selbst ihre Aufmerksamkeit den Kriegsbemühungen schenkt.



Schiffe der sechsten Flotte von Istanbul auf dem Weg zum Libanon

Sichert Istanbul für die sechste Flotte

Zum erstenmal seit 15 Jahren konnten unter strengen Sicherheitsmassnahmen Schiffe der amerikanischen sechsten Flotte am 8. März 1984 im Hafen von Istanbul einlaufen. Es war der erste Besuch dieser Art seit dem 10. Februar 1969.

Während der sechziger Jahre und besonders in den Jahren 1968 bis 1969 trafen diese Besuche auf eine starke Opposition, auf solch massive Demonstrationen, dass sie nicht fortgesetzt werden konnten. Die Junta kann nun mit Recht behaupten, dass sie die Türkei für die sechste Flotte gesichert hat.

Der Besuch der Flotte, einschliesslich des Flugzeugträgers "Independence" ist ein weiteres Warnsignal für die wachsende türkisch-amerikanische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet unter der Junta. In den vergangenen 3½ Jahren hat die Zusammenarbeit folgende Punkte beinhaltet:

- die Errichtung eines "Gemeinsamen Verteidigungsrates", um die türkischen Streitkräfte und Militärbasen zu modernisieren;
- amerikanische Hilfe für die Türkei, um ihre eigene "nationale" Verteidigungsindustrie aufzubauen und ihre "eigenen" F-16 Kampflugzeuge zu produzieren;
- (nachhaltig bestritten) Diskussion über Vorschläge zur Entwick-

lung einer neuen Generation von Cruise Missiles, um die türkischen Seewege zu "schützen";

— Gewähr für die Benützung des Luftwaffenstützpunktes in Incirlik im Südosten der Türkei als eine Durchgangsstation für amerikanische Militärkräfte auf dem Weg vom und zum Libanon.

Türkisch-amerikanische Zusammenarbeit in diesem Gebiet, und diese Richtung wird wahrscheinlich eingeschlagen, dies wurde durch die Tatsache hervorgehoben, dass zwei Schiffe der sechsten Flotte die in Istanbul eingelaufen sind kurz nach ihrer Ankunft dringende Befehle erhielten, sofort nach Beirut zu segeln. Dieser Alarm erreichte jeden unvorbereitet, und zwanzig amerikanische Seeleute wurden zurückgelassen, als die Schiffe ausliefen, um ihren Auftrag für den Libanon auszuführen.

Jedoch nichts von alledem hinderte General Evren besonders während seines kürzlichen Besuchs in Saudi-Arabien daran, seine Unterstützung für die "Saudi-Arabische Sache" zu beteuern und Israel zu verurteilen. So nahm Evren in Saudi-Arabien Stellung:

"Die Türkei hegt ein tiefes Interesse für die befreundeten und verbrüdereten arabischen Länder, und unser Land hat sich besonders bemüht, weiter die bestehenden

Beziehungen und die Zusammenarbeit in allen Bereichen mit den Ländern dieser Region weiter zu entwickeln und die arabische Sache sowohl im Zusammenhang ihrer Beziehungen mit dem Westen, als auch in internationalen Organisationen mit Nachdruck zu verteidigen."

"Die wichtigste Quelle und die einzigen Beteiligten, die für die Instabilität in unserer Region verantwortlich sind, das ist im Mittleren Osten unzweifelhaft Israel, das dauernd die Spannung mit seinen einseitigen *faits accomplis* verschärft." Und:

"Wir sind tief betroffen über die libanesischen Tragödie. Libanons Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität muss unterstützt werden. Alle ausländischen Truppen im Libanon müssen endgültig das Land ohne Aufschub verlassen, sonst wird es nicht möglich sein, den Libanon als einen unabhängigen Staat zu behaupten, und das Ausmass der Krise wird zunehmend grösser werden".

Alle ausländischen Truppen müssen den Libanon verlassen, inzwischen aber stellt die Türkei Transitanlagen und Lebensmittel (einschliesslich 5,5 Tonnen frischen Wassers für die sechste Flotte) für die amerikanischen Streitkräfte, die dort operieren, bereit!

Genschers Besuch und die Hintergründe

Renate Braun

Anfang März, drei Wochen vor den türkischen Kommunalwahlen, besuchte Aussenminister Genscher die Türkei. Offiziellen Angaben zufolge ging es in den Gesprächen mit Ministerpräsident Özal um die geplante Freizügigkeitsregelung mit der EG. Diese Regelung tritt am 1.1.1986 in Kraft und erlaubt jedem türkischen Staatsbürger, seinen Arbeitsplatz und seinen Wohnsitz innerhalb der EG frei zu wählen. Aus diesem Grund befürchtet die Bonner

gleichen Zeit seine Partei mitten im Wahlkampf steht. Darüber wird sich auch Genscher im klaren gewesen sein.

War dann vielleicht der Grund für Genschers Reise, "Ankara zu mehr Demokratie zu ermutigen" oder sich über die "Fortschritte in der Demokratie" zu informieren? Nach Genschers eigenen Worten fühlt sich die BRD "als Anwalt der Türkei in der NATO und der EG" und möchte sich daher für eine Freisetzung der seit 1981 eingefrorenen EG-Mittel

Inflation, Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit. Den Anfang machte im Jahre 1950 eine amerikanische Delegation. Damals erklärte der gerade amtierende Präsident Celal Bayar, dass jeder Dollar, der in die Türkei komme, sich wie ein Weizenkorn auf fruchtbarem Boden vermehren werde. Die Besuche wurden fortgesetzt durch das IWF-Team, das in den folgenden Jahren regelmässig in die Türkei reiste, um festzustellen, inwieweit sich die türkische Wirtschaft nach den Vorstellungen westlicher Industrieländer entwickelte. Ende der siebziger Jahre geriet das türkische Finanzkapital in eine schwere wirtschaftliche Krise, die nur noch mit Hilfe ausländischer Kredite unter Kontrolle gehalten werden konnte. Die ausländischen Kreditgeber verknüpften jedoch mit der Vergabe weiterer Kredite bestimmte Forderungen, z.B. Lohnstopp und Steuererhöhungen, wodurch die bereits stark verarmte Bevölkerung noch stärker belastet werden sollte. Nur unter einer Militärregierung konnten diese Forderungen durchgesetzt werden. Daher lag es sowohl im Interesse des türkischen als auch des ausländischen Finanzkapitals, dass im September 1980 eine faschistische Militärjunta gewaltsam die Macht ergriff, um eine Wirtschaftspolitik in ihrem Sinne durchzusetzen.

Genschers Besuch, 3 Jahre nach dem Militärputsch, kann nur in diesem Zusammenhang gesehen werden. Trotz der andauernden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei wird Bonn auch dieses Jahr wieder eine Militär- und Wirtschaftshilfe, jeweils in Höhe von 130 Millionen Mark, zahlen. Diese finanzielle Hilfe ist nur eine Fortsetzung des alten Spiels in neuer Form. Denn gerade in letzter Zeit hat sich das Interesse der westlichen Industrieländer an der Türkei zunehmend verstärkt. Dazu schreibt die FAZ: (7.1.1984): "Das Interesse deutscher Unternehmen an einer Kooperation mit der Türkei nimmt deutlich zu. Der bilaterale Handelsaustausch hat sich in den letzten beiden Jahren bemerkenswert ausgeweitet. 1982 betrug das Handelsvolumen 1,7 Milliarden Dollar." Genschers Besuch bedeutet grünes Licht für ausländische Unternehmen, weiterhin in der Türkei zu investieren.

Genschers Besuch bedeutet auch eine Bestätigung der Politik der Generäle und der neuen Regierung Özals, die diese Politik, die nur durch eine gewaltsame Unterdrückung des Volkes durchgesetzt werden konnte, fortsetzt.



Genscher und Özal

Regierung einen erneuten starken Zustrom türkischer Gastarbeiter, den sie durch administrative Massnahmen wie Visumzwang unterbinden will.

Die regierungsfreundlichen deutschen Zeitungen konnten jedoch, trotz aller Bemühungen, keine bessere Nachricht melden als diejenige, dass "die Türkei für die Gastarbeiterfrage Verständnis zeige". (*Frankfurter Allgemeine* 8.3.1984). Konkrete Ergebnisse kamen bei den Gesprächen nicht heraus. Wenn Genscher in die Türkei gefahren wäre, um mehr als nur Verständnis für die deutschen Sorgen zu erhalten, dann wäre er besser nach den Kommunalwahlen gefahren. In der türkischen Öffentlichkeit wird nämlich der Verzicht auf die Freizügigkeitsregelung "als eine kollektive Demütigung empfunden, die keine türkische Regierung ihrem Volk zumuten dürfe" (*Frankfurter Rundschau*, 8.3.1984). Ebenso wird auch der seit einigen Jahren praktizierte Visumzwang allgemein abgelehnt. Es war wohl kaum zu erwarten, dass Özal in dieser Angelegenheit irgendwelche konkreten Zugeständnisse macht, wenn zur

(ungefähr 600 Millionen Dollar) einsetzen. Dass die BRD selbst schon seit Jahren Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei zahlt, ist ja bekannt. Jetzt will sie auch noch Beweise sammeln, um diejenigen EG-Länder, die die Türkei politisch und finanziell isolieren, davon zu überzeugen, dass sich die Türkei auf dem Weg zurück zur Demokratie befindet. Aber wie verlogen diese Beweise sind, zeigt die Tatsache, dass zur gleichen Zeit über 1000 Gefangene in den Gefängnissen von Ankara und Diyarbakir im Hungerstreik sind, um gegen Folter und unmenschliche Haftbedingungen zu demonstrieren. 13 Gefangene sind bereits an den Folgen des Hungerstreiks gestorben. Diese Tatsache wird im Genscher-Bericht folgendermassen kommentiert: "Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Özal lässt erkennen, dass sich seine Regierung der Bedeutung der Menschen- und Freiheitsrechte bewusst ist." (*TAZ*, 6.3.1984)

Solche unerwarteten Besuche sind für das türkische Volk nichts Neues. Durch seine eigenen bitteren Erfahrungen musste es lernen, was sie zu bedeuten haben, nämlich

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss durchgesetzt werden!

Gespräch mit Hans Müller, Mitglied des Ortsvorstands der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen (HBU) Köln

T.S.: Was haben die Gewerkschaften bisher unternommen, um die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen?

Hans Müller: Die Situation, in der jetzt die Gewerkschaften, vor allem die IG-Metall drinsteckt, hat eine Geschichte, die fünf Jahre zurückliegt. Und beginnt eigentlich von dem Zeitpunkt an, wo die Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen von 78 auf 79 für die 35-Stunden-Woche gestreikt haben und diesen Streik verloren, weil nur die Schichtarbeiter bessere Arbeitsbedingungen bekamen. Das Ergebnis war für die Schichtarbeiter ein Tarifvertrag, der am 26. Februar dieses Jahres ausgelaufen ist. Und auf diesen Zeitpunkt haben die Gewerkschaften hingearbeitet, jetzt in diesem Jahr die 35-Stunden-Woche im Tarifkampf durchzusetzen. Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, dafür gibt es zwei Konzepte. Die Unternehmer wollen Wachstum, die Gewerkschaften sagen zu recht, mit wirtschaftlichem Wachstum sind keine Arbeitsplätze neu zu schaffen... Die Zahlen sprechen alle für die gewerkschaftliche Argumentation, und nur die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bringt die Möglichkeit, das Riesenheer der Arbeitslosigkeit zu reduzieren und möglichst in der Perspektive zu beseitigen.

Frage: Wie ist Ihrer Meinung nach diese Forderung durchzusetzen?

Antwort: Die Gewerkschaften, die Mitglieder der Gewerkschaften und die Belegschaften haben einen schweren Kampf vor sich, diese 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Die Gegner der 35-Stunden-Woche, die Unternehmer, die Unternehmerverbände (Bundesverband Deutscher Industrie, der Arbeitgeberverband, die Handwerksvereinigungen), die Regierung, die Parteien im Parlament, die die Regierung stützen, der Staatsapparat und seine Spitzen und die Medien, die auch in den Händen der Unternehmer sind, das alles ist eine geschlossene Front, die erreichen will, dass die 35-Stunden-Woche nicht durchkommt. Das sind dieselben politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die nicht genügend Ausbildungsplätze für die Jugendlichen schaffen, das sind dieselben politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die die Ausländerhetze betreiben, an der Spitze Zimmermann, der Innenminister, das sind dieselben Kräfte, die einen ideologischen Kampf führen gegen die Frauen, wo gesagt wird, die

Frauen sollen wieder zurück an den Herd, es wird also ideologisch eine Begründung gefunden, um die Frauen aus dem Arbeitsprozess zu drängen.

Und die Ausländerhetze, die betrieben wird, der Druck auf die ausländischen Männer und Frauen hier, hat genau das Ziel, die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik zu spalten, dass die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen glauben sollen, wenn die Ausländer, wenn die Türken weg sind, dann sind unsere Arbeitsplätze gesichert.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche kann gewonnen werden, und wird von seiner Perspektive verschiedene Auswirkungen haben. Wenn der Kampf gewonnen wird, ist die Gegenseite allesamt geschwächt, weil die Bedeutung des 35-Stunden-Kampfes mittlerweile eine politische Bedeutung bekommen hat, weil sich die Regierung eindeutig auf die Seite der Unternehmer gestellt hat. Wenn die Gegenseite geschwächt ist, in einem solchen Kampf kommt das zugute den Arbeiterinnen und Arbeitern, egal ob sie aus Italien kommen oder ob sie aus der Bundesrepublik sind, denn eine geschwächte Regierung kann diese schlimmen Gesetze gegen die Ausländer nicht mehr so durchsetzen, wie sie es gerne möchte.

Eine geschwächte Regierung und geschwächte Unternehmer haben viel weniger Möglichkeiten, beispielsweise die Arbeitslosenunterstützung noch mehr zu reduzieren, die Renten für die Arbeiterinnen und Arbeiter hier noch mehr zu kürzen. Die Sozialleistungen für die Alten und die Kranken usw. noch mehr zu kürzen.

Eine solch schwache Regierung wird auch grosse Schwierigkeiten haben, ihre Raketenspolitik durchzusetzen. Und wenn die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften diesen Kampf gewonnen haben, ist das ein Signal für die Arbeiterbewegung in ganz Europa, aber, und das möchte ich ganz deutlich sagen, die Aussichten nach einem Sieg sind noch Phantasie und Träume... Noch... Jetzt ist es ungeheuer wichtig, diesen Kampf zu organisieren und gegen die Front der Unternehmer die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung und der Bevölkerung entgegenzustellen, das muss heute und jetzt überall organisiert werden. Die entscheidenden Kräfte, diesen Tarifkampf zu gewinnen, sind in den Metallbetrieben und in den Betrieben der Druckindustrie.

Meine Gewerkschaft hat auch die Tarifverträge gekündigt und verhandelt um die 35-Stunden-Woche für die Bankangestellten und die Versicherungsangestellten, aber wir haben kaum Aussicht, dass diese 700 000 Personen in den Streik gehen, weil lediglich ca. 20-25% davon Mitglied in meiner Gewerkschaft sind. Im Gegensatz zur IG-Metall, die die Grossbetriebe sehr stark organisiert hat.

Die kämpfenden Arbeiter, die streiken, brauchen, um zu einem Erfolg zu kommen, die grösstmögliche Unterstützung, die man sich denken kann — mehr als es in alle bisherigen Streikkämpfen in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik gegeben hat.

In der Bevölkerung, in den Stadtteilen und in dem Umfeld um die Betriebe ist es wichtig, sogenannte Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Alle Zeitungen, das Fernsehen, der Rundfunk, die Regierung, alle, die was zu sagen haben, machen Propaganda gegen die 35-Stunden-Woche, und wir müssen versuchen Gegenpropaganda zu machen. Die Argumente der Gewerkschaften, die Argumente der Arbeiterinnen und Arbeiter aufzuzeigen, wie richtig es ist, dass die 35-Stunden-Woche zur Zeit das einzige Mittel ist, die Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren, und vor allen Dingen zu versuchen, unter anderem über die Stadtteilkomitees viele Menschen neu zu gewinnen, sich an der Organisation und Verteilung dieser Gegenöffentlichkeit zu beteiligen. In den Stadtteilen über die Fragen, die mit der 35-Stunden-Woche zusammenhängen, zu diskutieren, die bereit sind, an Samstagen oder an weiteren Tagen Informationstische aufzubauen, auf denen Broschüren, Flugblätter, Plakate, Parolen in die Öffentlichkeit getragen werden, um die Chance zu geben, dass die Menschen, die immer von der Unternehmerpropaganda überfallen werden, auch die gewerkschaftlichen Argumente hören. Desweiteren in den Stadtteilen Verbindung mit den Betrieben der Stadtteile und den Gewerkschaften zu haben, um konkrete Solidaritätsaktionen zu entwickeln, wenn es zu Streiks kommt. Und zu versuchen dass in den Stadtteilen alle, wirklich alle zusammenarbeiten.

Die Arbeitslosigkeit betrifft alle, das ist ein Kampf und da müssen alle über die Grenzen hinweg sich

gemeinschaftlich organisieren, gemeinschaftlich diskutieren und gemeinschaftlich agieren.

Frage: Welche Gegenargumente haben die Arbeitgeberverbände?

Antwort: Die Unternehmer sagen die 35-Stunden-Woche ist zu teuer. Sie kann nicht bezahlt werden, weil die Gewerkschaften den vollen Lohnausgleich verlangen, also dasselbe Geld für 35 Stunden in der Woche wie für 40 Stunden und die Unternehmer sagen, die deutsche Wirtschaft hat dann auf dem Weltmarkt keine Möglichkeiten mehr ihre Produkte billig zu verkaufen. Sie sagen weiter die 35 Stunden Woche vernichtet Arbeitsplätze, weil noch schneller rationalisiert wird und die 35-Stunden-Woche mehr Arbeitslosigkeit produziert, als jetzt schon vorhanden ist.

Die Unternehmer haben in Wirklichkeit keine Lösung anzubieten, weil alle Argumente nach genauer Prüfung in sich zusammenfallen wie ein Kartenhaus. Sie sind falsch. Die Unternehmer haben eine politische Strategie aus folgender Begründung: Die Profite sind in den letzten Jahren dünner geworden als 1950, 1960, 1970 und die Perspektive in der Zukunft ist nicht günstig. Um die Wirtschaft zu sanieren im Sinne der Unternehmer, muss verhindert werden, dass diejenigen, die die Profite schaffen, die Arbeiterinnen und Arbeiter, nicht mehr protestieren können und deswegen die Arbeiterbewegung eine Niederlage erhält, um sie danach noch mehr einzuengen.

Frage: Warum beteiligen sich nur so wenige Gewerkschaften an diesem Arbeitskampf?

Antwort: Es gibt die Industriegewerkschaft Chemie, die Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuss innerhalb des DGB, die die Meinung vertreten, dass man eher in Rente gehen soll, mit 58 oder 59 Jahren. Und die Spitze, die Führung dieser Gewerkschaften ist sozialpartnerschaftlich, Arbeitgeber und Gewerkschaft sind Partner. Das ist Illusion.

Frage: Wie sieht es mit den anderen Gewerkschaften aus?

Antwort: Die anderen Gewerkschaften, an der Spitze IG-Metall Druck und Papier, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und die Gewerkschaft Holz haben die Tarifverträge für die wöchentliche Arbeitszeit gekündigt und werden unterstützt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Postgewerkschaft, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Eisenbahnergewerkschaft, weil es auf die Arbeitslosigkeit immer zwei Reaktionen gibt: "mehr Partnerschaft mit den Unternehmern, um sie stiller zu halten" und die Einsicht, "das ist Unsinn-man muss kämpfen," weil das, was Arbeit bringt nicht freiwillig

von oben kommt, sondern das muss man sich holen.

Frage: Warum erklären diese Gewerkschaften nicht direkt den Kampf, sondern unterstützen nur diese Forderung?

Antwort: Das hat was mit dem Arbeitsrecht zu tun, mit den Tarifverträgen. Diese vier Gewerkschaften haben die Tarifverträge gekündigt und verhandeln über neue Tarifverträge. Die anderen, die ich eben genannt habe, deren Tarifverträge über die Arbeitszeit laufen noch, können noch nicht gekündigt werden oder werden erst später gekündigt, weil es 17 Einzelgewerkschaften, hunderte von unterschiedlichen Tarifverträgen gibt, und die muss man zu einem Zeitpunkt versuchen zu koordinieren, das geht aber nicht immer.

Frage: Was wären die Auswirkungen, wenn der Kampf nicht gewonnen würde?

Antwort: Es gibt zwei Hürden, die überwunden werden müssen. Bevor die IG-Metall streiken kann, wird eine Abstimmung der gewerkschaftlichen Mitglieder in den Betrieben stattfinden für oder gegen Streik. Das heisst Urabstimmung, und 75% der Mitglieder, die zur Wahlurne gehen, müssen für Streik sein.

Das ist die erste Hürde, und es ist wichtig für die IG-Metall und auch für die Entwicklung zum Kampf, dass eine grössere Mehrheit als 75% für Streik ist. In der Urabstimmung 90%, 95% für Streik, zeigt eine Geschlossenheit der Belegschaften und einen starken Willen zu kämpfen. Wenn es zu grossen Streiks kommt, haben die Unternehmer angedroht, die Belegschaften auszusperrern, d.h. die Betriebsstore zuzumachen und die Arbeiter und Arbeiterinnen auszuschliessen, nicht mehr in die Betriebe reinzulassen. Bei einer Aussperrungssituation müssen sich die Gewerkschaften überlegen, welche Antwort gibt es darauf. Ich glaube eine gute Antwort wäre, wenn die Belegschaften im Betrieb, an der Maschine, am Fließband, im Büro streiken und nicht aus dem Betrieb herausgehen, dann können sie nicht ausgesperrt werden.

Frage: Kann man das auch als Besetzung bezeichnen?

Antwort: Das ist Betriebsbesetzung! Bei einer Aussperrung sind die Unternehmer Herr der Betriebe, bei Streiks im Betrieb, also bei Betriebsbesetzung, mit Übernachtung im Betrieb sind die Belegschaften Herr der Betriebe. Und die Aussperrung ist unwirksam.

Frage: Ist das die allgemein gültige Meinung der Gewerkschaften?

Frage: Ist das die allgemein gültige Meinung der Gewerkschaften?

Antwort: Das ist meine persönliche Meinung. Das ist in den Gewerk-

schaften kaum diskutiert, aber die Frage kommt praktisch auf die Tagesordnung, wenn Massenstreiks sind, und das ist die zweite Hürde. Die Unternehmer werden aussperrern, und wenn die Aussperrung von den Belegschaften und den Gewerkschaften beantwortet wird durch Streiks im Betrieb oder Betriebsbesetzung, dann ist die zweite Hürde überwunden. Und der Sieg ist nah. Wenn der Kampf verloren ist, hat das sehr schlimme Folgen. Die Gewerkschaften sind geschwächt und können sich gegen weiteren Abbau von Lohn, weiteren Abbau von Sozialleistungen, weitere Einschränkungen der demokratischen Rechte nicht mehr wehren. Es dauert Jahre bis sie sich von der Niederlage erholt haben. Dann wird es Gesetze geben, die die Gewerkschaften knebeln, wie es in England heute schon ist. Dann wird es den Armen, den Schwachen und denjenigen in dieser Gesellschaft, die sich nur schwer verteidigen können, noch dreckiger ergehen, und es gibt eine noch grössere Spaltung zwischen Ausländern und Deutschen, Männern und Frauen, Jugendlichen und Alten, Rentnern und Personen, die Arbeit haben, und das setzt sich fort bis in das einzelne Individuum, das im Betrieb auch nicht mehr so sprechen kann wie vorher.

Frage: Du hast von Situationen gesprochen, die vergleichbar sind, wie in England?

Antwort: In England hat die Regierung ein Gesetz gemacht, das die Gewerkschaften knebelt.

Frage: Was heisst das?

Antwort: Sie knebelt, sie drückt. Beispielsweise, wenn das in der Bundesrepublik wäre, dürften die Streikposten von Ford nicht zu den Streikposten von KHD gehen und sie unterstützen.

Frage: Die Solidarität zwischen den Gewerkschaften hier in Deutschland, die jetzt einen Kampf führen, und den Gewerkschaften im Ausland ist auch sehr wichtig...

Antwort: Konkrete Solidarität gibt es noch nicht. Aber der internationale Bund der Metallgewerkschaften hat beschlossen, Solidaritätsaktionen zu organisieren. Aber das steht erst auf dem Papier, und wir werden sehen, ob das beschriebene Papier Leben hat. Wenn es hier zu Streiks kommt, dann kommen im Ausland auch Solidaritätsaktionen. Und je entschlossener dieser Kampf geführt wird und je einheitlicher die Unterstützung ist, umso grösser ist auch die Wirkung nach draussen, Solidarität zu organisieren und auch zu praktizieren.

Frage: Aus dem bisher Gesagten kann man feststellen, dass diese Periode eine Vorbereitungs- und Propagandaperiode ist. Können Sie ungefähr einschätzen, wann dieser aktive Kampf seinen Höhepunkt

annehmen wird?

Antwort: Wahrscheinlich wird die Urabstimmung Ende April, Anfang Mai stattfinden. Und der Höhepunkt Mitte Mai-Ende Mai, das wird sich zeigen. Die Zeit arbeitet für die Gewerkschaften, weil die Zustimmung zur 35-Stunden-Woche immer grösser wird. Die Geschlossenheit und die Einsicht, dass es notwendig ist, dass man den Kampf nicht mehr vermeiden kann, wird immer grösser.

Sobald die Urabstimmung vorbei ist, dann steht fest, 75% ja oder nein. Und dann ein, zwei oder drei Tage danach, dann kommen die Streiks. Urabstimmung und Streikbeginn, das liegt immer eng zusammen.

Wenn die 75% nicht erreicht werden, gibt es keinen Streik. Bei der Urabstimmung weniger als 75% ist demoralisierend. Die Leute gehen mit gesenktem Kopf wieder in die Betriebe.

Frage: Ich komme aus solchen Verhältnissen wie in der Türkei. Da ist es für uns selbstverständlich, wenn ein solch hoher Prozentanteil (wie 70-75%) erreicht wird, dass man da streikt, da man die Mehrheit der Belegschaft hinter sich hat. Was würde hier geschehen, gäbe es einen Teilstreik?

Antwort: Die 75% ist eine Grenze,

die in der Satzung der IG-Metall festgeschrieben ist. Ich persönlich halte das für nicht gut. 51% reichen, aber nicht mein Kopf entscheidet, sondern die Tatsache der Satzung. Gibt es keine 75% für Streik, wird der Vorstand der IG-Metall keinen Streik ausrufen.

Frage: Gibt es gute Aussichten, die 75%-Marke zu erreichen?

Antwort: Ja. Ich halte das für erreichbar. Und ihr kennt die Mentalität der türkischen Arbeiter und Arbeiterinnen sehr gut. Ich bin in Deutschland aufgewachsen und kenne die Mentalität der deutschen Angestellten und Arbeiterinnen und Arbeiter, das Verhältnis in den Gewerkschaften, und es gibt eine sehr starke Verbindung zwischen den Mitgliedern unten und der Führung oben. Und wenn der Vorstand sagt, kein Streik, wird es keinen Streik geben. Weil die Erfahrung der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland grosse Niederlagen gezeigt hat. Faschismus beispielsweise. Und es ist im Kopf drin, dass Kämpfe nur gewonnen werden können, wenn man einig, stark und entschlossen ist. Keine 75% ist keine Entschlossenheit, ist kein Mut, und der Vorstand der IG-Metall wird dann nicht zum Streik aufrufen.

Wenn trotzdem gestreikt wird, ist die Niederlage sehr sehr wahrscheinlich. Der Streik ist illegal, und die Arbeiter in der Bundesrepublik denken sehr legal. Erst in den Kämpfen fängt es an, dass das legale Denken überwunden wird. Wenn Streikposten angegriffen werden, muss man sich verteidigen. Und dann kommt man mit dem Gesetz in Konflikt und merkt dann praktisch, das Recht Unrecht ist. Durch Argumente geht das nicht. Das muss man erfahren.

Frage: Die 35-Stunden-Woche hat ihre Auswirkungen nicht nur auf Deutschland, sondern auf ganz Europa. So dass dies ein sehr wichtiger Kampf, ist und dieser Kampf wird auch schwierig sein. Wie haben sich die militanten Befürworter der 35-Stunden-Woche darauf vorbereitet? Sind diese Stadtteilkomitees dafür vorgesehen worden, diesen Kampf zu verstärken und dies zu unterstützen, und wie weit geht diese Unterstützung?

Antwort: Dieser Kampf richtet sich von den Tatsachen, von der Dynamik gegen den kapitalistischen Staat, gegen das kapitalistische System, aber nicht im Kopf der Arbeiter. Die sind im Kopf nicht so

Forts. S.20



Forts. v. S. 19

weit. Sie kämpfen für ihre Interessen gegen die Arbeitslosigkeit, vielleicht gegen die Regierung, weil die Regierung gegen die 35-Stunden-Woche ist. Aber sie sind nicht sozialistisch. Sie denken in diesem Rahmen. Sie wissen, was unten und was oben ist. Wer für die Arbeiter und die Gewerkschaften ist, wer gegen die ist. Das begreifen sie.

Frage: Spontan?

Antwort: Spontan. Erst wenn gekämpft wird, sehen die Arbeiter und Arbeiterinnen auf der praktischen Ebene, was dieser Staat ist. Dieser Staat hat Polizei, dieser Staat hat Justizapparat, dieser Staat hat eine Regierung, ein Parlament, Professoren, die an Universitäten sind, und sie sehen dann, alle sind gegen uns, und sie lernen praktisch in der Auseinandersetzung. Und wenn im Kopfe überall klar ist, dass man gegen den Staat kämpft, dann ist die Revolution da. Aber das ist ein langer langer Prozess. Ich wünsche ihn. Ich glaube, es ist wichtig heute im Betrieb mit den Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren: Ihr müsst für die 35-Stunden-Woche entschlossen kämpfen. Es ist falsch, zu sagen, ihr müsst für Sozialismus kämpfen. Wofür sind wir? Für die 35-Stunden-Woche. Wie kommt das? Nur durch Kampf, einheitlicher Kampf von allen, die für die 35-Stunden-Woche sind. Das ist das wichtigste! Die Motive sind egal, die Begründungen sind gleichgültig. Wer für die 35-Stunden-Woche ist und den Kampf praktisch organisiert, ist für die Arbeiterbewegung, für die Interessen der Lohnabhängigen, egal ob Deutsche oder Ausländer. Wir müssen in diesem Kampf einig in der Auseinandersetzung sein, einig im praktischen Kampf und im praktischen Kampf unsere Meinungsverschiedenheiten diskutieren, die uns nicht hindern und fesseln dürfen, weiterhin gemeinschaftlich aktiv zu sein. Das ist ein Lernprozess für die Deutschen, das ist ein Lernprozess auch für die ausländischen Kolleginnen und Kollegen, weil im Kampf auch festgestellt wird, dass es keine Unterschiede gibt, was die Interessen betrifft.

Frage: Können Sie zahlenmässig ausdrücken, wieviele Arbeitsplätze durch die 35-Stunden-Woche geschaffen werden? Gibt es auch andere Lösungsmöglichkeiten, das Arbeitslosenproblem zu beseitigen?

Antwort: Es gibt jetzt offiziell cirka 2,5 Millionen Arbeitslose, das sind cirka 11% aller Beschäftigten, die in der Bundesrepublik arbeitslos sind. Es gibt weiterhin cirka 1 Million bis 1,5 Millionen Arbeitslose, die nicht registriert sind. Wenn man die 40-Stunden-Woche auf 35-Stunden pro Woche herabsetzt, ist das eine Reduzierung, also weniger als 13%. Wenn die 35-Stunden-

Woche Praxis ist, wäre das von der Mathematik her, alle offiziellen Arbeitslosen wieder in die Betriebe, aber das ist nicht wirklich. Die Gewerkschaften sagen cirka 50%, also 1,2 bis 1,3, vielleicht 1,4 Millionen kommen zurück in die Betriebe, wenn das auf einen Schlag, also in einem Jahr umgesetzt wird.

Also, die 35-Stunden-Woche ist keine hundertprozentige Lösung. Es wird immer noch Arbeitslose geben, und wir müssen die Arbeitszeit noch mehr kürzen, um alle Arbeitslosen in die Betriebe und die Büros zurück zu holen.

Es gibt die Gewerkschaft Chemie oder Textil, die sagt, mit 58 in Rente, wie die Regierung jetzt. Aber das bringt maximal 300 000 neue Arbeitsplätze, und die Arbeitslosen bleiben immer noch 2 Millionen und deswegen ist das eine sehr schlechte Lösung, sprich keine Lösung.

Eine Zahl noch. Alle Menschen, die in Rente gehen, haben nicht das offizielle Rentenalter, sondern 59, 60, 61 Jahre. D.h. die derzeitige Rentenregelung trifft nur die Hälfte der neuen Rentner, und die andere Hälfte der neuen Rentner sind durch das Arbeitsleben kaputt gegangen und müssen vorher in Rente geschickt werden.

Frage: Die Gewerkschaften treten neben der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein, die Unternehmer gründen ihre Fabriken im Ausland, weil es für sie mehr Profit gibt. Welche Haltung nehmen da die Gewerkschaften ein, gegenüber diesem Verhalten der Unternehmer?

Antwort: Die Gewerkschaften sagen: "investiert werden soll hier in der Bundesrepublik, damit die Arbeitslosigkeit hier beseitigt wird." Aber das ist ein kompliziertes Thema. Die Unternehmer hier bringen Geld in andere Länder, und machen dort Fabriken auf. Nicht um den Menschen Arbeit zu geben, sondern sie auszusaugen mit weniger Lohn, mit ganz geringem Lohn, kein arbeitsrechtlicher Schutz und viel Überstunden in Ostasien, in der Türkei, in Süditalien, um bessere Profite zu machen. Und ich glaube eine Vorstellung ist, dass die reichen Länder ihr Wissen und ihr Geld dorthin bringen, wo die Menschen sind und Arbeit brauchen. Nicht dass die Menschen dorthin tausende Kilometer fahren, um sie von ihrer Heimat, ihrer Familie usw. herauszureissen. Aber ich vertrete nicht den Standpunkt, dass alle, die aus fremden Ländern in der Bundesrepublik sind zurück müssen. Das müssen die Menschen selbst entscheiden, wo sie bleiben wollen. Wollen sie zu Hause bleiben oder wollen sie in ein fremdes Land? Das verstehe ich unter Freizügigkeit. Wenn dort die Arbeit, die Betriebe

und die Büros aufgebaut werden, wo die Menschen leben, dann glaube ich auch, gibt es keine Probleme zwischen den verschiedenen Nationalitäten. Wenn das begriffen wird, dass die Bedürfnisse wichtiger sind als die Bedürfnisse des Kapitals und die Bedürfnisse der Unternehmer.

Frage: Wie nehmen die Gewerkschaften dazu Stellung? Was sagen sie dazu?

Antwort: Viel Unsinn, viel Falsches. Sie haben wirtschaftspolitisch keine Alternative zu der bestehenden Regierung und zu den Unternehmern. Sie sind für Investitionen im Ausland, sie sind aber auch für Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Sie sind dafür, dass man Fabriken im Ausland baut, aber sie befreifen nicht, dass mit den Fabriken im Ausland die Menschen ausgelugt werden. und dass damit nur höhere Profite gemacht werden. Das ist das Komplizierte daran. Die Gewerkschaften egal ob die IG-Metall oder die Handel, Banken und Versicherungen, diskutieren keine wirtschaftspolitischen Konzepte. Sie sagen, die Unternehmer müssen mehr investieren, sagen aber nicht, dass man kontrollieren muss, also das es verboten werden muss, Geld ins Ausland zu bringen ohne Zustimmung. Kapitalexpert nur mit Zustimmung der Arbeitenden ist was anderes als Kapitalexpert mit Zustimmung der Unternehmer. Und so gerne ich mehr von der Position der Gewerkschaften zu dieser Frage sagen möchte, es gibt da nichts mehr. Die Gewerkschaftsführung ist auch nicht gegen diesen Staat, sie ist auch nicht gegen dieses politische System. Sie ist auch nicht gegen das Parlament oder gegen die Demokratie so wie sie ist. Sie wollen nur die Arbeitslosigkeit weghaben, wollen nur ein bisschen mehr demokratische Rechte, aber sie haben keine wirtschaftlichen oder politischen Alternativen zu dem was ist.

Frage: Was werden die Gewerkschaften tun, wenn der Kampf um die 35-Stunden-Woche verloren geht?

Antwort: Es ist schwer zu sagen was die Gewerkschaften danach tun werden. Ich weiss was sie nicht tun werden: kämpfen. Sie können nicht mehr. Und es dauert ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre wer weiss, bis sie ihre Kräfte neu sammeln. Die Demoralisierung muss überwunden werden. Es muss neu überlegt werden und das ist nach einer Niederlage nicht sofort zu machen. Auch in der Lohnforderung, in der Lohnrunde danach, wenn die Gewerkschaften sagen Inflation, 5% 3% mehr Lohn dann sagen die Unternehmer wir geben 1/2%. Und dann, wenn die Gewerkschaften sagen: "wir sind nicht einverstanden", dann sagen die Unternehmer: "dann streikt doch"...

Deutsch-Ausländischer Frauenkongress

Olga Coşkun

In Frankfurt wurde vom 23.3.-25.3.84 erstmals in der Geschichte der Frauenbewegung ein "Gemeinsamer Frauenkongress" einberufen. Gemeinsam bedeutet, dass deutsche und ausländische Frauen zusammen gegen ihre Unterdrückung als Frau, gegen Rassismus und gegen Ausländerfeindlichkeit tagten.

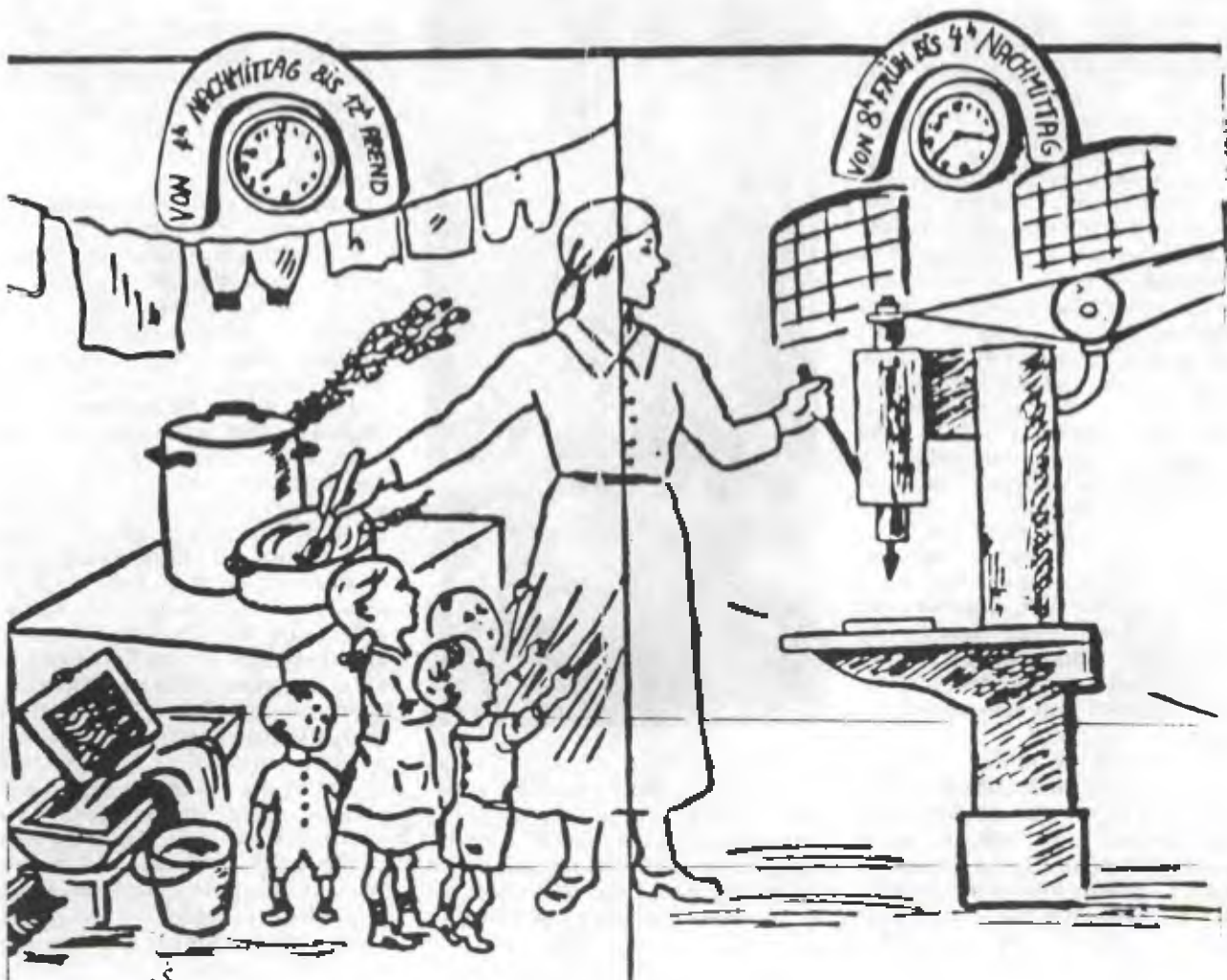
Wider Erwarten nahmen an dem Kongress über 1000 Frauen aus verschiedenen Organisationen, Initiativen, Verein und -Gewerkschaften teil. Über zwei Tage versuchten die Frauen in den verschiedenen Diskussions- und Arbeitsgruppen trotz verschiedener politischer Anschauungen über die Unterdrückung der Frau zu disku-

tieren und gemeinsame Forderungen aufzustellen. Ausführlich wurden die Punkte diskutiert, wo die Frau, besonders die ausländische Frau per Gesetz unterdrückt und zum Menschen zweiter Klasse gestempelt wird. Eine Welle von Protest und Entrüstung erhob sich über die deutschen Ausländergesetze, die den ausländischen Frauen jedes Recht auf ein eigenständiges Leben absprechen. Die ausländische Frau ist per Gesetz an ihren Mann gebunden und bekommt nicht die Möglichkeit sich unabhängig von ihrem Manne zu entwickeln oder eventuell in einen regelmässigen Arbeitsprozess einzusteigen.

Das Motto des Kongresses

spiegelte sich in allen Arbeits- und Diskussionsgruppen wider, die Dreifachunterdrückung der Frau, einmal die Unterdrückung als Frau, dann die Unterdrückung als Ausländerin und die Unterdrückung als Lohnabhängige. In allen Arbeitsgruppen wurde wenigstens einer dieser drei Punkte zum Leitfaden der Diskussion. Die Gruppen waren je nach dem gestellten Thema überfüllt oder voll, das heisst keine Gruppe musste wegen geringer Teilnahme abgesagt werden. Besonders interessant war die Arbeitsgruppe "Emanzipation durch Lohnarbeit". Die Diskussion- und Arbeitsgruppen wurden getragen von Berichten, Erzählungen und Erfahrungsaus-

Forts. S.22



Forts. v. S.21

tausch. In Ergreifenden Berichten erzählten die Frauen über ihre Diskriminierungen und Unterdrückungen. Wo in vielen Diskussionsgruppen, einfach aufgrund der Berichte, eine grosse Emotianalität zu finden war, so beleuchtete die Gruppe "Emanzipation durch Lohnarbeit" die Unterdrückung der Frau von einer ganz anderen Seite. Von der Seite der Arbeiterin, von der Seite der in der Gewerkschaft organisierten Frau oder zumindest im gesellschaftlichem Produktionsprozess beteiligten Frau. Man überlegte sich, wie sich die Frau, die im gesellschaftlichen Produktionsprozess beteiligt ist eigentlich wahrnimmt. Betrachtet sich diese Frau als Arbeiterin, die auch Hausfrau ist, oder ist sie Hausfrau, die auch arbeitet?

Dieses Selbstverständnis ist für die Frau, die arbeitet und auch noch einen Haushalt und Kinder zu versorgen hat, besonders wichtig. Betrachtet sich die Frau, die arbeitet nämlich als Arbeiterin, so erkennt sie auch die Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das nächste Problem stellt sich bei einem Schritt weiter. Wie kann eine Frau, die sich gewerkschaftlich organisieren will, regelmässig an Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen, wenn sie noch Kind und Haushalt zu versorgen hat. Die Diskussionsrunde stellte sich die Frage, "muss die Frau zu den Gewerkschaften, oder müssen die Gewerkschaften zu den Frauen kommen?"

Die Gruppe erarbeitete im Laufe der Diskussion, welche grosse Bedeutung die Gewerkschaft und die Organisation in der Gewerkschaft für die arbeitende, ausländische Frau hat. Für die ausländische Frau ist die Organisation in einer Gewerkschaft eine grosse Möglichkeit, ins politische Leben einzugreifen. In der Gewerkschaft kann sich die arbeitende, ausländische Frau vom Sprungbrett ihres gesellschaftlichen Platzes (dem Arbeitsplatz) mit ihrer ganzen Kraft äussern.

Eine ausländische Frau wies anhand eines Beispiels auf die dringende Notwendigkeit hin, sich in Gewerkschaften zu organisieren und als betroffene Arbeiterinnen, ob ausländische oder deutsche Frauen, für ihre Rechte einzutreten:

Sie erzählte von einem Streik in Berlin.

Die Fabrik X zählte insgesamt 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen, davon waren 800 ausländische Arbeitnehmer. Die Arbeiter traten fast ohne Streikbrecher in den Streik. Neun Tage lang hielten die Arbeiter und Arbeiterinnen den Streik durch. Da es jedoch zum Grossteil ausländische Arbeitnehmer waren und der Betriebsrat keine Über-

setzungen von den Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern den Arbeitern und Arbeiterinnen zukommen liess, wurde der Streik abgebrochen.

So wollte diese ausländische Frau auf die Notwendigkeit hinweisen, sich in Gewerkschaften aktiv zu betätigen, um seine Rechte zu kämpfen und als Arbeiterin, als Ausländerin und als Frau Einfluss zu gewinnen und nicht immer passiver Bestandteil der eigenen Geschichte zu bleiben.

Jedoch setzte sich die weitere Diskussion nicht in dieser konstruktiven Art und Weise fort. Im Laufe der Diskussion wurde das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in drei Ebenen eingestuft:



1) Das Kapital; 2) die Arbeiterbewegung; 3) die Frauenbewegung. Mit dieser Einteilung wurden automatisch die Kräfte und Ziele der Frauen als Frau und als Arbeiterin gespalten. Die Frau muss sich bei solch einer Einteilung einordnen in die Frauen- oder die Arbeiterbewegung. Die Möglichkeit, dass die Forderungen der Frauen die

Forderungen der Arbeiterbewegung ergänzen und der Bewegung neue Formen geben, wurde nicht in Betracht gezogen. Hier wird ein Widerspruch gesehen, der keiner ist.

Am nächsten Tag, bereiteten sich die Frauen auf die Presseveranstaltung vor, alle waren herzlich eingeladen. Es sollten die Forderungen verlesen werden und dann sollte eine Abstimmung erfolgen.

Die Forderungen griffen zuallererst das deutsche Ausländergesetz an, die Diskriminierung der Frau per Gesetz, für eine eigenständiges Leben, gegen § 218, gegen Sexismus, für eigenständige Kontrolle über den eigenen Körper, Recht auf eigene Sexualität, gegen Rassismus und viele mehr.

Nahezu alle Forderungen wurden einstimmig angenommen und mit Begeisterung und Freude vertreten. Doch strahlte auch das Treffen am Beginn der Presseveranstaltung eine grosse Übereinstimmung, ja wirkte es fast harmonisch, die Tatsache, aus wieviel verschiedenen Organisationen, Initiativen und Gruppen Vertreterinnen anwesend waren, blieb nicht länger verborgen. Der Widerspruch zeigte sich klar und deutlich, als eine Frau aus einer Gewerkschaft die Forderungen mit einer konkret politischen Forderung "Unterstützung von Frauen für die 35-Stunden-Woche" ergänzen wollte. Mit grossem Protest wurde diese Forderung mit der Begründung "Was kümmern uns die Gewerkschaften, die kümmern sich auch nicht um unsere Probleme" von der grossen Mehrheit der Frauen abgelehnt.

Eine tiefe Kluft war entstanden und trotz des Versuchs der Podiumssprecherinnen die Kluft wieder zu schliessen, indem sie immer wieder darauf hinwiesen, wieviele verschiedenen Gruppen und Organisationen anwesend seien und wie gut man sich bis jetzt geeinigt hat und dass solche Meinungsverschiedenheiten ganz natürlich seien, die Kluft blieb bestehen. Dieses Loch, das entstanden war konnte nicht geschlossen werden. Viele Frauen die am Kongress teilgenommen hatten und selbst in Gewerkschaften organisiert waren, fühlten sich politisch beschnitten und unterdrückt. Die feministischen Forderungen verdrängten die Forderungen die aus der konkreten existenziellen, ökonomischen Situation der arbeitenden Frauen entstanden waren.

Diese entstandene Kluft ist die Hoffnung der Frauenbewegung sich weiterzuentwickeln und aus ihr (der Kluft) zu lernen. Die Frage, ob man als bewusste Frau die 35-Stunden-Woche unterstützt, oder ob man sich in Gewerkschaften organisiert, kann nicht umgangen werden. Die Frauenbewegung muss Stellung beziehen.

Polizei schoss auf Arbeiter aus der Türkei

Die angreifenden Polizisten waren Deutsche, die Angeschlossenen Fortschrittliche aus der Türkei. Der Vorfall zeigte jedoch nicht einen Unterschied zwischen Angehörigen verschiedener Nationen, sondern zwischen Angehörigen verschiedener Klassen. Hier wurde deutlich, wie die Polizei der Bourgeoisie im Grunde überall gleich ist.

In manchen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern gibt sich die Polizei in friedlichen Perioden förmlich "freundlich". In der Türkei ist sie immer barbarisch. Dieser Vorfall hat gezeigt, dass die deutsche Polizei nicht nur in der Form, sondern auch ihrem Wesen nach der türkischen Polizei ähnlich ist.

Der Vorfall:

In der Nacht von Freitag auf Samstag (13./14.4.1984) wurden in

Schädelverletzungen zu. Ein italienischer Arbeiter, der Augenzeuge der Auseinandersetzung war, heilt den Angreifer von weiteren Schlägen ab. Die Mitglieder des Bundes der Fortschrittlichen aus der Türkei, die die Angreifer für Neofaschisten hielten, flüchteten ins nächste Polizeirevier. Doch hier bekamen sie keine Hilfe. Sie stellten fest, dass die Angreifer Zivilpolizisten waren, die auf dem Revier weiter auf sie einprügelten. Danach wurden sie verhaftet, ohne dass ein Haftbefehl vorlag.

Im Krankenhaus würden sie von der Polizei bewacht und von Besuchern abgeschirmt. Enver Erdem, der sich nach dem Zustand seiner Freunde erkundigen wollte, wurde von der Polizei festgenommen.

Die Ärzte des Krankenhauses

Staatsorgane wie die Polizei sich ermächtigt fühlen können, wenn das politische Klima dies zu "erlauben" scheint. Wenn Innenminister Zimmermann Prämien bezahlen lässt, um die Ausländerfrage zu klären, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn andere die Lösung dieser Frage auf ihre Weise betreiben.

Schlimm ist, dass hier auch die Polizei aktive Provokation betreibt, noch schlimmer, wenn dies von der demokratischen Öffentlichkeit einfach hingenommen wird. Dies wäre eine "Ermächtigung" zu weiteren Provokationen.

Nach dem Bekanntwerden dieses Vorfalls kamen in mehreren Städten der Bundesrepublik fortschrittliche Organisationen zusammen, die jeweils in ihrer Stadt Protestaktionen durchführten. In Mannheim selbst



Kenan Bekar

Mannheim zwei Mitglieder des Bundes der Fortschrittlichen aus der Türkei von Zivilpolizisten angeschossen und durch Schläge verletzt. Sinan Çiçek und Turgay Kesici hatten gegen 22.00 Uhr das Vereinslokal verlassen. Eine dreiköpfige Gruppe schnitt ihnen den Weg ab und beschimpfte sie als "Kanaken". Bülent Öztöplü und Kenan Bekar, die das Geschimpfe gehört hatten, eilten ihren Freunden zu Hilfe. Einer aus der Gruppe der Angreifer zog die Pistole und feuerte sechs Schüsse auf die Kollegen aus der Türkei ab. Zwei erlitten gefährliche Schussverletzungen. Als der Schütze auf Kenan Bekar zielte und beim Abdrücken keine Munition mehr in der Pistole hatte, schlug er ihn mit dem Pistolengriff auf den Hinterkopf und fügte ihm schwere



Turgay Kesici

teilten mit, dass für den verletzten Turgay Kesici die Möglichkeit einer bleibenden Behinderung nicht auszuschliessen ist. Bülent Öztöplü musste sofort operiert werden.

Un Mitternacht drang die Polizei in das Vereinslokal ein, durchsuchte es und machte Fotos von Mitglieder listen. Das deutet darauf hin, dass der Vorfall ein Komplott war. Dieses Vorgehen ist die Auswirkung der offiziellen Ausländerpolitik der Regierung, die mit ihren Erklärungen den Nährboden für solche Vorfälle schafft.

Es ist kein Zufall, dass vor einem Jahr ein Jugendlicher aus der Türkei und ein Spanier am gleichen Ort erschossen wurden.

Dieser Vorfall stellt einen neuen Höhepunkt der Ausländerfeindlichkeit dar und drückt aus, zu was



Bülent Öztöplü

wurde eine Untersuchungskommission gebildet, damit der Polizeiterror in allen Einzelheiten aufgeklärt wird und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die an den Solidaritätsaktionen beteiligten Organisationen und die Betroffenen rufen alle Demokraten und Antifaschisten auf, gegen die repressiven Ausländergesetze Stellung zu beziehen und diesen niederträchtigen Angriff, in dem die Polizei Menschen auf der Strasse anschießt, zu verdammen.

Spendet bitte auf das unten aufgeführte Konto, damit die hohen Krankenhaus- und Anwaltskosten bezahlt werden können.

Spendenkonto:

Dresdner Bank Mannheim

BLZ: 67080050

Ktonr.: 705279000



Hunderte Menschen nahmen an der Protestdemonstration in Mannheim teil

PRESSEERKLÄRUNG

Mit tiefstem Entsetzen mussten wir erfahren, dass Polizeibeamte, Hilfsorgane der Rechtspflege, am Abend des 13.4.1984 in der Mannheimer Innenstadt sich ausländer- insbesondere türkenfeindlich hervorgetan haben sollen.

Sie sollen in Zivilkleidung 4 ausländische Mitbürger türkischer Staatsangehörigkeit auf offener Strasse als "Kanaken", "Türken-schweine" und mit den Worten "haut doch ab" beleidigt haben und sodann sogar tötlich geworden sein. Beim anschliessenden Handgemenge sollen diese Beamten von ihrer Dienstpistole Gebrauch gemacht haben.

Die bedrängten ausländischen Mitbürger sollen auf der in der Nähe

liegenden Polizeidienststelle, in die sie sich geflüchtet hatten, auch keinen Schutz gefunden haben, sondern weiter misshandelt worden sein.

Trifft auch nur ein Teil dieser uns zur Kenntnis gelangten Vorfälle zu, so ist dies ein äusserst ernst zu nehmender Skandal, der nicht folgenlos bleiben kann.

Bei derartigen Vorfällen ist es nicht damit getan, dass eine äusserst sorgfältige Prüfung der erhobenen Vorwürfe zugesagt wird. Es müssen konkrete Taten folgen.

Wir fordern daher die Einsetzung eines neutralen Untersuchungsausschusses. für derartige Vorfälle kann es nicht genügen, dass örtlich zu-

ständige Polizeibeamte und Staatsanwälte ermitteln. Es darf noch nicht einmal im Ansatz der Grund der Kumpanei entstehen.

Alle Fakten müssen ohne Rücksicht auf den Tisch. Ohne die Verfolgungen von Minderheiten unter dem Nationalsozialismus ver-harmlosen zu wollen, muss an diese unsere jüngste Geschichte erinnert werden.

Es ist fatal, dass Organe dieses Staates schon wieder oder auch nur in den Geruch kommen, sich an der Misshandlung, Verachtung und Erniedrigung von Menschen zu beteiligen, anstatt sie auf das schärfste zu bekämpfen.

Sitzblockade vor der Polizeizentrale in Köln



PRESSEERKLÄRUNG

Am späten Abend des 13.4.1984, zwischen 23.30 und 23.45 Uhr, gingen vier Mitglieder des türkischen Vereins MTIB in der Mannheimer Innenstadt nach dem Endeiner Versammlung in den Vereinsräumen (G 3, 10, 6800 Mannheim-1) zur Strassenbahnhaltestelle am Marktplatz, ebenfalls in der Mannheimer Innenstadt und nur wenige Häuserblocks entfernt. Kurz bevor sie auf den Marktplatz kamen, begegneten sie drei Männern, die einen von den Türken an einer durch eine Baustelle verengten Stelle des Bürgersteigs anrempelten und alle vier mit "Kanacken", "Türkenschweine" und "Haut doch ab" beschimpften. Die Türken liessen sich nicht provozieren und gingen die wenigen Meter bis auf den Marktplatz weiter. Die drei Deutschen folgten ihnen aber und beschimpften sie weiter. Sie versuchten, die Türken zu stossen und gegen das Geländer an der Einfahrt einer Tiefgarage zu drängen, wodurch sich ein Handgemenge ergab.

Offenbar hat sich in dem Handgemenge bzw. der Schlägerei besonders einer der angreifenden Deutschen hervorgetan. Als ihn einer der Türken festhalten und vom weiteren Schlagen abhalten wollte, zog er eine Pistole und schoss. Er traf einen der Türken in den Fuss, der daraufhin zusammenbrach. Der Deutsche scheint dann noch einmal mit der Pistole gedroht zu haben, als ein anderer Türke seinem verletzten Landsmann aufhelfen wollte. Möglicherweise hat dann aber die Pistole nicht funktioniert, denn der Deutsche schoss nicht, sondern schlug einen der Türken mit der Pistole nieder. Insgesamt sind nach Aussagen der Türken noch drei weitere Schüsse gefallen. Einer traf einen anderen Türken ins Gesäss, der in Richtung auf eine Polizeiwache floh, die den Vereinsräumen der Türken schräg gegenüberliegt. Die Deutschen verfolgen ihn auch in die Polizeiwache hinein und prügeln ihn trotz seiner Verletzung weiter. Die uniformierten Polizisten steckten den Verletzten dann in eine Zelle, wobei er offenbar von diesen auch noch einmal geschlagen wurde.

Alle Türken wurden dann offenbar in diese Polizeiwache gebracht, erhielten aber in der nachfolgenden halben Stunde keine ärztliche Hilfe. Dagegen wurden zwei der Angreifer in die erste ankommende Ambulanz geladen.

Bei dieser Gelegenheit ist es auch klar geworden, dass es sich bei den Angreifern um Polizisten in Zivil gehandelt hat. Ein anderes Mitglied des türkischen Vereins nämlich, das auf die Nachricht von der Schlägerei hin auf die Wache gekommen war und gefragt hatte, wieso die Angreifer Hilfe erhielten, aber nicht seine türkischen Landsleute, erhielt eine Antwort, der er entnehmen konnte, dass es sich um Kollegen der uniformierten Polizisten handelte. Bis dahin hatten alle beteiligten Türken gedacht, sie seien von Neonazis überfallen worden.

Die beiden angeschossenen Türken liegen hier in Mannheim im Krankenhaus, der eine von ihnen hat durch den Schuss einen Splitterbruch im Knöchel erlitten. Der Türke, der mit der Pistole niedergeschlagen wurde, liegt ebenfalls mit einer Kopfplatzwunde im Krankenhaus. Der vierte wurde nach ambulanter Behandlung seiner durch Schläge erlittenen Verletzungen wieder entlassen. Auch zwei der Angreifer liegen im Krankenhaus mit Schnittverletzungen von einem angeblich von den Türken benutzten Messer, das aber noch nicht aufgetaucht ist.

Die Polizei ist eine bis anderthalb Stunden nach dem Vorfall in den türkischen Verein eingedrungen und hat die Räume durchsucht und fotografiert. Nach diesem Zwischenfall ereignete sich am darauffolgenden Samstag etwas ähnliches, nur nicht mit diesen tragischen Konsequenzen:

Zwei türkische Männer verliessen Samstag Abend um 18.30 Uhr ihre Arbeitsstelle, um nach Hause zu gehen. Auf ihrem Weg wurden sie von zwei uniformierten Polizeibeamten angehalten und aufgefordert, ihre Ausweise vorzuzeigen. Die Polizisten nahmen jedoch keine grosse Notiz von den Ausweisen, sondern fingen an, die Männer mit "Schon wieder ihr Scheiss-Türken" und "Haut doch endlich ab" zu beschimpfen. Daraufhin nahmen sie die beiden Männer ohne weitere Erklärungen und unter Beschimpfungen aufs Polizeirevier mit (dasselbe Revier, in dem am Abend zuvor die vier verletzten türkischen Männer Zuflucht suchten). Dort wurden die Türen geschlossen, und die Polizei verprügelte ohne ersichtlichen Grund die zwei Männer. Beide Männer wurden verletzt und suchten, nachdem man sie nach den Misshandlungen

wieder gehen liess, sofort das Klinikum der Stadt Mannheim auf, wo sie sich behandeln liessen.

Nach der ärztlichen Behandlung liessen sich die beiden Männer ein Attest ausstellen und kamen vom Krankenhaus direkt in die Vereinsräume des MTIB, da sie von dem Ereignis in der vergangenen Nacht gehört hatten, und informierten den Verein über den Vorfall.

Wir bekunden unsere Solidarität mit den Opfern des Polizeiberfalls in Mannheim.

Der Überfall zeigt erneut, dass ausländerfeindliche Ressentiments und Aggressionen gegen die ausländische Bevölkerung auch in den Reihen der bundesdeutschen Polizei vorhanden sind. Etliche Vorfälle auch in Frankfurt in den vergangenen Jahren belegen, dass die Geschehnisse von Mannheim kein Einzelfall sind.

Wir fordern energische Massnahmen, um die Ausbreitung rassistischer Einstellungen innerhalb der Polizei zu stoppen.

Wir weisen erneut darauf hin, dass die ausländerfeindliche Politik, wie sie die Bundesregierung betreibt, entscheidend dazu beiträgt, dass Ausländerfeindlichkeit und rassistische Stömungen immer offener geäussert werden. Diese Politik trägt Mitverantwortung für Ereignisse wie das von Mannheim.

Frankfurt/Main, 17.4.1984

**KOORDINATIONSBURO
"FRANKFURTER APPELL"**
c/o IAF
Mainzer Landstr. 239-241
6000 Frankfurt 1

Auf einer regionalen Versammlung aufgrund dieses Vorfalles wurde die Presseerklärung von ca. 20 weiteren deutschen und ausländischen Organisationen unterstützt.

Der Koordinationsausschuss "Frankfurter Appell" ist ein Zusammenschluss von weit über 100 Organisationen, Initiativen und Persönlichkeiten, der sich gegen die Verschärfung der Ausländergesetzgebung richtet.

Für weitere Rückfragen und Informationen wende man sich an die lokale Frankfurter Adresse des betroffenen türkischen Vereins:
FTIB (Türkischer Arbeiterverein
Frankfurts)
Leipziger Str.32
Tel. 777849

Das Recht auf Asyl in der BRD

Refik Tümer

Im Januar dieses Jahres wurde in einem internationalen Treffen, das vom "Flüchtlingsrat Berlin" organisiert wurde, die Asylpolitik unter die Lupe genommen. An dem Treffen nahmen auch zahlreiche Rechtswissenschaftler teil. Es wurden Themen wie z. B. das Gesundheits- und Wohnungsproblem, denen die Asylanten hilflos gegenüberstehen, behandelt. Heftig kritisiert wurde das 2-jährige Arbeitsverbot entgegen den Menschenrechten der Genfer Konvention für die, die einen Asylantrag gestellt haben und die trotzdem für sehr niedrige Löhne zur Arbeit auf Friedhöfen etc. gezwungen werden. Die Verteilung von Essens- und Kleidungsmarken, die nicht in jedem Kaufhaus gelten, wurden als menschenunwürdig bezeichnet. Ein Sprecher verglich diese Massnahme mit denen zur Zeit des Faschismus und sagte: "Den Juden wurde damals das Einkaufen in bestimmten Läden auch verboten".

Ohne Frage, es ist ziemlich schwer, diese Massnahmen, die für Flüchtlinge als "angebracht" gelten, in rechtlicher Hinsicht als berechtigt anzusehen. Auf der anderen Seite unterschrieb die Bundesrepublik nicht nur die Genfer Konvention vom Jahre 1951, sondern garantierte diese Menschenrechte auch in ihrer Verfassung und wurde so zu einem beispielhaften Land in Europa. Heute ist die Bundesrepublik nach Frankreich das zweite Land mit den meisten Asylanten.

Der Beobachter des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen in Zirndorf, Dr. Peter van Krieken sagte in dem Interview, das in der Tageszeitung vom 12. Dezember 1982 erschienen ist: "Seit 1978 gibt es negative Entwicklungen auf drei Ebenen gegen die Asylbewerber in der Bundesrepublik zu beobachten. Erstens die nacheinander vorgenommenen Veränderungen im Asylrecht. Zweitens die täglichen "Entmutigungs"-massnahmen gegen die aus politischen Gründen Antragstellenden. Drittens leider auch die Entscheidungen der Rechtsprechungsorgane, die sich den relativen Umständen anpassen. Festgestellt habe ich auch, dass viele Menschen, die nach der Genfer Konvention als politische Flüchtlinge anerkannt werden müssten, kein Asyl bekommen, weil der entsprechende Paragraph der Verfassung hier sehr streng angewendet wird".

Die CDU-CSU-FDP-Regierung, die zur Zeit dieser Aussage des

UNHCR-Beauftragten gebildet wurde, fand die Beschneidung des Asylrechts durch die alte Regierung unzureichend und nahm die nochmalige Änderung des Asylrechts in ihr Programm. Als erstes hat sie den Vorsitzenden des Bundesamtes für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf gewechselt. Das Bundesamt, das die Bewerber aus der Türkei eh nicht positiv behandelte, nahm nach diesem Wechsel eine noch schärfere Haltung an.

Im Juni 1983 beobachtete die Vertretung der UNHCR in Bonn die Lage der Asylbewerber und stellte einen Bericht für die Vereinten Nationen zusammen. In dem



Wertgutscheine - eine neue Form der Diskriminierung

veröffentlichten Teil dieses Berichts von Karola Paul und C. Toscani wird gesagt: "Obwohl das Asylrecht in der Bundesrepublik im Grundgesetz verankert ist, sind verhindernde Massnahmen vorgenommen wie in keinem anderen Land Europas". Als Beispiele für diese entmutigenden Massnahmen werden das Reise- und Arbeitsverbot, Zwangsarbeit und der Zwangsaufenthalt in Heimen aufgezählt.

In dem Bericht, in dem die Anwendung des Arbeitsverbots (für Flüchtlinge aus sozialistischen Ländern ein Jahr und für andere zwei Jahre) als Separatismus kritisiert wird, ist auch eine Erklärung des neuen Vorsitzenden des Bundesamtes, Norbert von Niedings, zu finden: "Das Asylgesetz der Bundesrepublik ist in erster Linie für

deutschstämmige und für Flüchtlinge aus europäischen Ländern gedacht. Wir wollen diejenigen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, nicht bei uns haben, die "Kommunisten" in Zirndorf zu sehen, gefällt uns schon gar nicht." Der Vorsitzende des Bundesamtes ist der Meinung, dass das Asylrecht für Flüchtlinge, die von ausserhalb Europas kommen, nur für Christen aus der Türkei gelten kann und dass man den anderen kein Asyl gewähren sollte. Er fügte jedoch hinzu, dass seine Ansicht von anderen Verantwortlichen nicht geteilt würde.

Die Verfasser Paul und Toscani unterstreichen, dass solche Meinungen von dem von manchen Professoren verabschiedeten rassistischen "Heidelberger Manifest" inspiriert werden. Wie man sich erinnern kann, spricht man im Manifest von der "Entfremdung" der Bundesrepublik. Die erste Reaktion zum Bericht kam von Innenminister Zimmermann. Er sprach sich für die Zurücknahme des Berichts aus. Gleichzeitig wurden die geplanten Treffen zwischen dem 6. und 8. Dezember 1983 mit dem UNHCR-Generalsekretär Paul Hartling einseitig und ohne Begründung abgesagt. Nach diesen Entwicklungen, die in der Öffentlichkeit breite Diskussionen ausgelöst hatten, veröffentlichte die UNHCR einen zweiten Bericht und die Beziehung würde wieder "normal".

Während die Öffentlichkeit über diesen zweiten Bericht diskutierte, ereignete sich unerwartet ein Vorfall. Cemal Kemal Altun, dessen Auslieferung von der faschistischen Regierung in der Türkei verlangt wurde und der seit 13 Monaten in Westberlin in Haft gehalten wurde, sprang vom sechsten Stockwerk des Berliner Verwattungsgerichts in den Tod, als über seine Auslieferung verhandelt wurde. Mit diesem Vorfall, der in ganz Europa ein breites Echo auslöste und der die Öffentlichkeit in eine tiefe Trauer versetzte, kam die Lage der Asylanten aus der Türkei an die Tagesordnung. Viele Menschen, die bis zu diesem Zeitpunkt kein Wort über die Änderungen im Asylrecht, über die unmenschlichen Massnahmen gegenüber den Asylbewerbern und über die gruppenweise Abschiebung von Asylanten an die Türkei über die Lippen brachten, begannen sich nun im Namen der Menschenrechte zu äussern. Ohne Zweifel, über diesen Vorfall wurde und wird vieles gesagt und kommentiert. Aber wir glauben

ÜBERLEGUNGEN ZUR CANCUN KONFERENZ

R. Yürükoğlu

“Obwohl moderne Maschinen dem Wohl der Menschheit dienen sollen, kehren sie sich unter kapitalistischen Bedingungen gegen die Menschen. (...)

Die fortschrittlichste Klasse der Weltgeschichte, die Arbeiterklasse, widersetzt sich in Namen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit der Einführung modernerer Maschinen. (...)

Wir müssen die Ursachen für die Sachlage aufzeigen, damit er (der Arbeiter d.Red.) seine Wut gegen den Kapitalisten und nicht die Maschine richtet. Wenn er den Kapitalist abgeschafft hat, wird dieselbe Maschine zu seinem glücklichen Leben beitragen. Die Gewerkschaften müssen unbedingt ein Programm aufstellen, das dem technologischen Fortschritt nicht den Weg versperrt, und nicht nur das, sondern ein Programm, das den technologischen Fortschritt *beschleunigt*.”

(Überlegungen zur Cancun-Konferenz, S.18)

(Das Buch können Sie für 4.—DM von der IVDRT beziehen)